

Redaction: Dorotheagasse 11.

Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

Administration: Josefsplatz 6.

Pränumeration

mit täglicher Postversendung: Ganzjährig 18 fl., halbjährig 9 fl., vierteljährig 4 fl. 50 kr., 2-monatlich 3 fl. 40 kr., 1-monatlich 1 fl. 70 kr.

Für Post-Ofen ins Haus gesandt: Ganzjährig 10 fl., halbjährig 5 fl., vierteljährig 4 fl., 2-monatlich 3 fl., 1-monatlich 1 fl. 50 kr.

Einzelne Nummer 6 kr.

Man pränumeriert für Post-Ofen im Expeditions-Bureau des „N. Fr. Lloyd“ Josefsplatz 6. Ausserhalb Post-Ofen mittelst frankirter Briefe durch alle Postämter.

Neuer

Freier Lloyd.

Ankündigungsbureau:

Josefsplatz Nr. 13. bei Jacob Naschitz.

Insertionspreis nach anliegendem Tarife.

Ferner übernehmen Inserate:

in Wien die Herren Haasestein & Vogler, Neuer Markt No. 11, A. Oepplik, Wellzelle No. 22, Niemetz und Rud. Mosse.

Im Auslande:

die Herren Rudolf Mosse in Berlin, Eugen Fort, Haasestein & Vogler in Hamburg, Berlin, Frankfurt am Main, Leipzig, Basel, Zürich, — Frankfurt a. M. Jäger'sche Buchhandlung, G. L. Daube & Comp. in Havas-Lafitte-Bullier in Paris, 8, Place de la Bourse, Vertretung für England und die Colonien bei Herrn H. Ch. Panzer, London 92, London Wall E. C.

Nr. 26.

Donnerstag, 26. Januar 1871.

III. Jahrgang.

Mit 15. Januar begann ein neues Abonnement auf den „N. Fr. Lloyd“. Derselbe erscheint regelmäßig 6 Uhr Morgens; in ereignisreichern Momenten lassen wir über dies ein Abendblatt erscheinen. Die Abonnementspreise auf dieses billigste aller großen politischen Tagesblätter Ungarns sind:

Für Post-Ofen ins Haus gestellt:		Mit Postversendung:	
für 1 Monat	fl. 1.50	für 1 Monat	fl. 1.70
für 2 Monate	fl. 3	für 2 Monate	fl. 3.40
für 1 Vierteljahr	fl. 4	für 1 Vierteljahr	fl. 4.50
für 1 Halbjahr	fl. 8	für 1 Halbjahr	fl. 9

Die g. Pränumeranten werden um baldigste Bestellung gebeten, damit keine Verspätung in der Zusendung des Blattes eintrete.

Die Administration des „N. Fr. Lloyd“ Josefsplatz Nr. 6.

Den neu eintretenden geehrten Abonnenten wird auf Verlangen all' das, was von Jókai's neuem Romane bisher erschienen ist, in einem Separatabdrucke gratis nachgeliefert.

Wesf, 25. Januar.

Allgemein ist die Entrüstung über Bismarck's neuesten Gewaltstreich gegen Frankreich, über die ebenso freche als übermüthige Weise, wie der Junkerminister die Theilnahme Favre's an der Londoner Konferenz zu hintertreiben sucht. Selbst die eragritesteten Preussenfreunde in der Presse konnten ihren Unmuth nicht unterdrücken, ihre Besorgnisse nicht verhehlen ob der Folgen einer preussischen Diktatur, die schon heute mit solch' scheußlicher Frage in die europäische Lage hineinstarrt. Nur die Diplomatie, die doch den Vadenstreich vom kolossalen Junker ganz unmittelbar empfangen hat, thut, als wäre nichts vorgefallen und sitzt in aller Gemüthsruhe beisammen, ohne ein Lebenszeichen von sich zu geben. Doch, doch, wir mögen die Herren nicht Alle in einen Topf werfen und das Verdienst nicht schmälern, wo es zu wärdigen ist. Lord Granville, der Minister des mächtigen Grossbritanniens, soll doch leise Bedenken haben, ob es gerathen sein könnte, der Pontusfrage ohne Hinzuthun Frankreichs an den Leib zu rücken. Irgend welchen Ausdruck von Belang hat dieses leise Bedenken des edlen Lord zur Stunde noch nicht gefunden, denn gut Ding braucht Weile und die englischen Staatsmänner sind gar bedächtige Leute; aber selbst, wenn Lord Granville nach reiflicher Ueberlegung zu dem Entschlusse gelangen sollte, daß die Konferenz sich bis zum Erscheinen eines französischen Bevollmächtigten vertagen müsse, was wäre dadurch erreicht, was wäre damit gegen die preussische Impertinenz ausgerichtet?

Abgesehen davon, daß die Vertagung der Konferenz auf unbestimmte Zeit ganz gut Herrn Bismarck in den Kram passen mag, insofern es ihm mit Rücksicht auf seine dicken Freundschaftsbeziehungen zu Rußland daran gelegen sein dürfte, die Lösung der Pontusfrage bis zu einem geeigneteren Moment zu verschleppen; abgesehen also davon, daß gerade die Vertagung des Kongresses Wasser auf die Mühle des nobile paratrum Bismarck-Gortschakoff treiben könnte: so handelt es sich zunächst um den großen Schimpf, den Bismarck den gesammten neutralen Mächten angethan und der nicht ungeahndet bleiben darf, will man nicht ein für allemal die brutale Gewalt einsetzen an die Stelle des Rechts.

Es ist ja möglich, daß Favre doch in der Konferenz erscheint, daß es ihm auf irgend eine Weise gelingt, über den Kanal zu setzen — aber dadurch wäre die maßlose Ausschreitung Bismarck's keineswegs gut gemacht, und nach wie vor bliebe an der Diplomatie die Schmach haften, daß sie sich sammt und sonders vor dem Willen Bismarck's gebeugt. Man sage nicht, daß die Brutalität Bismarck's den internationalen Anstand nicht ärger verletzt habe, als der Kosakenstreich Gortschakoff's, und man müsse die Rücksicht, die man gegen diesen geübt, auch Jenem angedeihen lassen. Gortschakoff hat die Rohheit seines Auftretens wenigstens in der Form gemildert, indem er sich bereit erklärte, die Angelegenheit vor das Forum der europäischen Diplomatie zu bringen; Bismarck aber hat sich mit dem ausgesprochenen Willen desselben Arcopags, welcher über die Mißachtung des internationalen Rechtes zu Gerichte sitzen soll, in schroffen Widerspruch gesetzt, hat ihn offen verhöhnt und verspottet. Und was würden überhaupt für Zustände in Europa geschaffen, wenn man es dulden will, daß heute dieser, morgen jener internationale Regel ungestraft über die Schnur haut?

Die einzig richtige Antwort auf die unverschämte Provokation Bismarck's wäre die sofortige Anerkennung der französischen Republik seitens der neutralen Mächte. Das wäre ein Akt, der einerseits den stets unverhüllter auftretenden Restaurationsgelüsten Preußens einen wirksamen Niegel verschieben würde, andererseits aber mit den Wünschen der Völker im Einklange stünde und die arg herabgekommene Diplomatie wieder zu Ehren bringen könnte. Genug der Schmach, daß man bisher gegögert. Oder zweifelte man, ob die Republik

die Zustimmung der französischen Nation findet? Nach den heroischen Anstrengungen des französischen Volkes, nachdem die ganze Nation sich mit bewundernswerther Opferfreudigkeit einmüthig um die Fahnen der Republik geschaart, darf man an dieser Zustimmung nicht länger zweifeln, diese Thaten sprechen beredter, als hundert Plebiszite.

Aber darf man nach den bisherigen Erfahrungen auf eine solche mannhafte That der Diplomatie hoffen? Leider, daß der größte Pessimismus in diesem Punkte gerechtfertigt ist. Die Diplomaten werden erleichtert und froh aufstöhnen, wenn Favre verstoßen in der Konferenz erscheint, dies wird alle unangenehmen Auseinandersetzungen überflüssig machen. Ein seltsames Resultat dürfte indes die Bismarck'sche Unverschämtheit wenigstens indirekt haben. Stets höher schwillt allenthalben in Europa die Fluth der Aufregung gegen das Regiment der Fickelhaube mit Allem, was d'rum und d'r'an, und immer mächtiger regt sich der Unwille gegen die leuchtlose und impotente Diplomatie, der alles Bewußtsein ihrer eigenen und ihrer Staaten Würde abhandeln gekommen. Eine heilsame Reaktion nach beiden Richtungen hin kann nicht ausbleiben.

Zur Tabaksteuer.

(Antwort an den „Wesf. U.“)

Wesf, 25. Januar.

Anlässlich der Debatte über Municipalorganisation hielt ein geehrter Führer der Linken, Herr Koloman Schütz, eine seiner Reden, die einen Glanzpunkt in unserer parlamentarischen Leben der jüngsten Zeit bilden. Freund und Gegner hörten mit gespannter Aufmerksamkeit die Rede an, die in großen Zügen ein Bild des englischen Regierungssystems entwarf. Der Reichstagsreferent des „Wesf. Lloyd“ aber verfiel auf die Bemerkung, Schütz habe aus einem Handbuch abgeschrieben, wie viel Friedensrichter in England wirken. Ähnliche Kritiken werden im „P. U.“ an den hervorragendsten Männern der Opposition ein wie das andere Mal geübt, und es ist sehr natürlich, daß ich, der ich den Führern der Opposition in jeder Hinsicht nachstehe, kein anderes Verfahren erwarten dürfte, um so weniger, als es den Anschein hat, daß „Wesf. Lloyd“ nunmehr auch die Rolle des eingezogenen „Gilt Kap“ übernommen hat. Bei Festung der gegen mich gerichteten Artikel des „P. U.“ kam mir sofort Meizner's Darstellung des „Winkelschreibers“ in den Sinn. Der Winkelschreiber war ein beschränkter Geselle, der für Bezahlung bereit war, auf Befehl des Chefs alle möglichen und unmöglichen Sachen zu schreiben. Er war aber auch sonst ein komisches Individuum, dieser Winkelschreiber. Wenn er zur Feder griff, erschien er sich selbst als eine ungeheure Größe, lächelte selbstgefällig über die „Stämperarbeiten“ der „Dilettanten“, grade über Dinge, von welchen er am wenigsten verstand, schwagte er am meisten, und woran sein Verstand absolut nicht hinreichte, das erklärte er schlechtweg für — absurd. Meizner kennt das Leben und es ist wohl möglich, daß er sein Vorbild nicht gerade aus den Reihen der Winkelschreiber herausgegriffen — denn Charlatane gibt es überall.

Nun zur Sache! Mich kümmert es nicht im Geringsten, ob der Chefredakteur des „P. U.“, oder sein Mitarbeiter (H.), mir „ebenbürtig“ sind; ich habe lediglich vor Augen, daß gegen m in Steuerhystem unbegründete Einwürfe gemacht wurden, und deshalb antworte ich auf den so äußerst provozirend gehaltenen Artikel. Ich kann jedoch nebenbei die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die Annahme, als würde ich mich nur mit „Ebenbürtigen“ in eine Diskussion einlassen, einen ungerechtfertigten Hochmuth voraussetzt, es aber weder recht, noch anständig ist, Individuen, die man nicht persönlich kennt, zu verächtlichen. Daß ich meine Antwort direkt an den Chefredakteur des „P. U.“ richtete, hat seinen Grund zuvörderst darin, daß ich, unbekannt mit den Redaktionsverhältnissen, gar nicht wissen konnte, wer Herr (H.) ist; hätte ich dies aber auch gewußt, so mußte mir die Discretion verbieten, nach Jemanden zu forschen, der unbekannt bleiben will, und schließlich ist ja der Chefredakteur gesellig und moralisch verantwortlich für Alles, was in seinem Blatte erscheint. Die Voraussetzung indes, daß bei Gelegenheit einer Reichstagsverhandlung über den Gegenstand der Redakteur des „Wesf. Lloyd“ nicht nur den Vortheil mir gegenüber haben werde, daß die Majorität ihn unterstützen wird, enthält ein Kompliment für denselben, daß er mich auch sonst überragt. Das gebe ich gerne zu, und ich wünsche ihm viel Glück zu seiner neuen Laufbahn, die er praktisch noch gar nicht betreten hat. Allein derlei Vorhersagungen und Voraussetzungen grenzen an Servilismus, und es verräth wenig Takt, wenn der Chefredakteur solchen ungeschickten Schmeicheleien in eigenen Blatte Raum gibt. Die Lobpreisung möge man Anderen überlassen, denn nichts kann einen mehr widerlichen Eindruck machen, als die Selbstberäucherung.

Uebrigens muß es mich wundern, daß der Betreffende sich, unter Zustimmung des Chefredakteurs, berechtigt fand, auf meine sachliche Auseinandersetzung mit solch unbegründeten und unberechtigten Voraussetzungen zu entgegnen. Und was

die Titel, wie „Finanzreformer“, „großer Demokrat“, „Dilettant“ anbelangt, so muß ich darauf bemerken, daß in der Öffentlichkeit wirkenden Personen nicht zusteht, sich selber für ihre Eigenschaften und Bestrebungen ein Zeugniß auszustellen. Ich glaube nicht, daß auch nur eines meiner geschriebenen oder gesprochenen Worte die Deutung zuließe, daß ich mich für einen „Reformator“ oder „Sachverständigen“ hielt; ich müßte mir selber Abscheu einflößen, wenn mir die prahlende Weise des H-Mitarbeiters des „P. U.“ eigen wäre. Die öffentliche Meinung bestimmt den Werth in der Öffentlichkeit wirkender Persönlichkeiten und zwar in der Weise, daß ihn Verleumdungen und Verdächtigungen obskurer Subjekte nicht zu schmälern vermögen. Ist aber Jemand ein nichtsnutziges Individuum, so wird kein Lob und keine Prahlerei ihn zur Größe erheben können.

Es wurde mir zum Vorwurf gemacht, daß ich im Interesse der ärmeren Klassen das Tabakmonopol beseitigt wissen möchte und gleichzeitig das hervorgehoben, wie sündhaft es sei, gegen die indirekten Steuern den Kreuzzug zu predigen. Daß ich meinen Wählern niemals Steuererminderungen in Aussicht stellte, dafür will ich nur wenige Worte aus dem Programm zitiren, welches ich anlässlich meiner Kandidatur veröffentlichte. Zu jener Zeit war ich in einer eigenthümlichen Lage. Mein Freund Josef Madarasz empfahl mir gegenüber Virgil Szilagyi, für dessen Genehmigung er garantierte, während auf mich kein Verlaß sei. Auf diese Agitation antwortete ich unter Anderem folgendermaßen:

„Die uns durch die Verhältnisse auferlegten und durch den Reichstag angenommenen Lasten sind in der That sehr drückender Natur und in Betreff derselben Erleichterung zu schaffen, ist wirklich schwierig. Es gilt jetzt unsere Kommunikation nach allen Richtungen zu entwickeln und alle jene durch die absolute Monarchie eingeführten Institutionen abzuschaffen, welche den Fortschritt unserer wirthschaftlichen Zustände und unserer Arbeitsfreiheit stören.“

Die plötzliche Aufhebung aller Arten von indirekten Steuern liegt nicht im Interesse der Besitzer von unbeweglichen Gütern; die zweckmäßige Verwendung der indirekten Steuern macht bei einem Theile der Steuerzahler die gleichmäßige Verteilung der Staatslasten möglich, und durch die plötzliche Abschaffung derselben würden dem Grundbesitzer riesige Lasten auferlegt werden müssen.“

Obwohl ich, die Frage auch vom wissenschaftlichen Standpunkte betrachtet, kein Freund der indirekten Steuern bin und obwohl dieses auch meine vor drei Jahren kundgegebenen und noch heute festgehaltenen Anschauungen waren, habe ich doch meinen Wählern und der ärmeren Klasse nie mit der Aussicht auf einen Steuernachlaß geschmeichelt.

Mein Bezirk ist einer der schönsten, rein ungarischen Theile des Landes, in welchem sich nur hier und da ein des Schreibens unkundiger Mensch befindet, wozu mit Ausnahme einiger größerer Güter, sich das ganze fruchtbare Land in den Händen einer intelligenten ungarischen Mittelklasse befindet, und diese begüterten Wähler, welche jetzt unter dem Titel Haussteuer 1 fl. 60 kr. und 3 fl. zahlen, würden gerne unter dem von mir vorgeschlagenen Titel einer Tabaksteuer 4 oder 6 fl. zu bezahlen geneigt sein. Als ich daher dieses Steuersystem ausarbeitete, wurde ich hierbei von keinerlei Verpflichtungen, von keinerlei parteiischen Rücksichten geleitet; deshalb wage ich es, sowohl vor meinen Wählern, als auch vor dem ganzen Lande die Verantwortlichkeit in Bezug hierauf auf mich zu nehmen.

Eine abgenützte Waffe ist es auch, die Opposition des Jagens nach Popularität zu beschuldigen, sowie auch die auf die Betrogenen gemachte Anspielung nicht zutreffend ist. Uebrigens, wenn der Verfasser des Artikels auch nicht hinzugefügt hätte, daß ich zum Glück nicht zu Denjenigen gehöre, welche den Leidenschaften der unwissenden Menge schmeicheln, so würde ich trotzdem Denjenigen nur bedauern müssen, der anstehende Prinzipien aufzustellen, seine Leser mit solchen abgebrauchten Verdächtigungen irreführt. Auch das wurde mir fälschlich imputirt, als hätte ich gesagt, daß Derjenige, welcher ein größeres Haus oder eine größere Wohnung hat, auch mehr rauche. Ich konnte von einer solchen Annahme auch gar nicht ausgehen, denn obwohl anzunehmen ist, daß ein reicher Mann, welcher die Gewohnheit des Rauchens angenommen hat, sowohl selbst, als auch durch die Gesellschaften, die er bei sich empfängt, mehr und theuere Tabak konsumirt als der Ärmere, so betrachte ich doch die Tabaksteuer wie jede andere Abgabe und will, daß der Reiche durch dieselbe verhältnismäßig mehr belastet sei als der Arme, so daß ich die Einzelbesteuerung für vorthellhafter halte, als die durch das Monopol auf die Leidenschaft gelegte Steuer, denn der Tabakraucher ist wie der Trinker, er kann seiner Leidenschaft nicht widerstehen, und durch die theuern Preise des Tabaks und der Zigarren ist bei der Gewohnheit der Familienväter mehr als eine Familie täglichen Entbehrungen ausgefegt.

Es kann ferner bemerkt werden, daß die Umänderung einer indirekten Steuer in eine direkte, und der Mee... Durchführung dieser Veränderung im Einklange mit den

Politische Rundschau.

West, 25. Januar.

Grundsätze der Finanzwissenschaft, von dem Verfasser des Artikels nicht als Gegenstand einer Auseinandersetzung betrachtet wurde.

Diese Bemerkung also, nach welcher wir in dem Augenblicke, wo wir die indirekte Steuer mit der direkten vertauschen, das Prinzip der indirekten Steuer aufgeben, ist jedesfalls richtig; daß aber dann keine andere Möglichkeit bleibt, als die verhältnismäßige Erhöhung der gesamten direkten Steuern: das ist unrichtig.

Die Grundsteuer ist auf Grund einer viel fehlerhafteren Berechnung und viel ungleichmäßiger ausgeworfen und wenn wir auf dieser verkehrten Basis die Steuern neuerdings erhöhen wollten, so würden wir viel unrichtiger zu Werke gehen, als wenn man meinen Plan befolgte; dieses wäre, um mich des Ausdruckes des Herrn H. zu bedienen, ein absurdes Verfahren.

Nicht nur die Besteuerungsverhältnisse Ungarns kennt der Artikelschreiber des „P. M.“ nicht: er kennt auch nicht die Interessen der handelsstrebenden Klasse, der hauptstädtischen Mieter und Mietshausbesitzer.

Herr H. behauptet, daß wir Ungarn es erfahren könnten, wohin es führt, wenn wir die Steuer bei der Steueranweisung als Ausbühlschloß benützen.

Uebrigens ist die Hauptfrage, ob durch diese Anweisung die Lage der Steuerzahler nicht schlimmer würde? ob das Minimum von 50 fr. und das Maximum von 26 fl. nicht zu viel ist? ich glaube, daß die Summen zwischen diesen zwei Zahlen gar nicht so ungerecht vertheilt werden könnten, daß sie beschwerlicher würden, als das Monopol.

Den höchsten Grad hat jedoch die Emagination des Herrn erreicht, wo er bei dieser Art der Steueranweisung von Pfeifenpfeifen, Finanzwächtern und anderem Ähnlichen spricht; denn bei diesem Steuersystem dürfte man den Steuerzahler nach der Anweisung der Steuer ja insoweit gar nicht bestrafen, als nicht mit dem Zahlungsstermine für die übrigen Steuern auch die Zahlungszeit für die Tabaksteuer eingetreten wäre und wo mit der Leistung der einen Steuerzahlung auch die der andern stattfinden könnte.

Ich habe übrigens nie behauptet, daß mein Steuersystem über jeden Angriff erhaben ist. Rabulisten und Partegänger können Alles angreifen. Ich habe auch nicht gesagt, daß es das einzig Gute und Richtige ist.

Auf zwei Argumente des „P. M.“ antworte ich für jetzt nicht; auf das eine aus dem Grunde, weil er die Reklamation auch in dem zweiten Artikel vorbringt und ich somit beide auf einmal beantworten kann, daher die Wiederholung vermeiden will. Das zweite Argument wird nicht so sehr gegen meinen Plan, als zur Vertheidigung des Tabakmonopols angewandt; ich lasse dieselben somit für ein anderes Mal.

Paul Moricz.

Ein Berliner Telegramm bringt die sonderbare Meldung, General Trochu habe sich auf den Mont Valerien zurückgezogen. Nachdem den letzten preussischen Nachrichten zufolge die Pariser Besatzung sich nach dem jüngsten Ausfalle in die Stadt zurückgezogen hatte, läßt sich nicht wohl begreifen, wie dieselbe sich wieder vor die Stadt hinaus zurückgezogen haben sollte.

Uebrigens berichten übereinstimmende Depeschen, General Trochu habe als Oberkommandant demissionirt. Die „Independance belge“ meldet unter dem 21. l. M.: Heute Abends reichte Trochu seine Demission ein; die Kollegen baten ihn, das Regierungspräsidium zu übernehmen und die Würde als Gouverneur von Paris beizubehalten; mit der Vertheidigung der Stadt soll ein anderer General betraut werden; alle Generale aber verweigern, die Verantwortung zu übernehmen; auch General Leslo demissionirte.

Die oberwähnte Berliner Depesche, welche die Demission Trochu's bestätigt, meldet hingegen, Leslo solle zum Gouverneur von Paris ernannt werden. Die Verluste der Preußen anlässlich des letzten Ausfalles aus Paris müssen bedeutend gewesen sein. Eine Versailles Depesche vom gestrigen Datum gesteht diesbezüglich zu, daß die Deutschen 39 Offiziere und 616 Mann verloren haben.

Der Sieg der Garibaldianer bei Dijon war ein entscheidender. Eine Depesche des Ministers an den Präfecten vom gestrigen Datum meldet: Nach der Schlacht bei Dijon am 23. floh der Feind in der Richtung von Meßigny; alle beteiligten französischen Corps thaten ihre Pflicht, ein großer Theil der Mobilgarde der Saone traf rechtzeitig ein, um an dem Kampfe theilzunehmen.

Auch die Armee Chaney's hat ihre Operationen wieder aufgenommen. Aus Bern wird unter dem 24. l. M. gemeldet: Das französische Corps des Generals Bressoles steht in der Nähe der schweizerischen Grenze, mit dem Hauptquartiere in Pierrefontaine. In Blamart wurden drei französische Batterien errichtet.

Man sieht, daß nicht nur der Muth und die Thätigkeit der Franzosen in ihrem Wachen begriffen sind, sondern daß die Anstrengungen Frankreichs auch nicht erfolglos bleiben.

Eine betrieblende Episode inmitten der theilweisen Erfolge der letzten Tage ist die Kapitulation Longwy's, welche, einer Versailles Nachricht zufolge, gestern stattgefunden hat; 4000 Gefangene und 200 Geschütze fielen in die Hände der Preußen. Auch will die nämliche Depesche wissen, Abtheilung der deutschen Söldarmee hätten bei Besangon den Doubs überschritten und somit die Armee Bourbaki's umgangen. Die Bestätigung der Nachricht steht abzuwarten.

In England, d. h. im englischen Volke, werden die Sympathien für Frankreich immer allgemeiner und lebhafter. Vorgefieren hat wieder ein stark besuchtes Meeting in London stattgefunden. Es wurde fast einstimmig eine Resolution gefaßt, welche gegen das Bombardement auf Paris protestirt und die Politik der Regierung verdammt. Bei dem Umstande, daß die Stimme der öffentlichen Meinung in England doch einigen Einfluß auf die Regierungsmassregeln zu üben pflegt, läßt sich hoffen, daß, wenn auch nicht dieses, so doch ein nachkommendes englisches Cabinet schließlich zu Gunsten Frankreichs auftreten werde. Die gegenwärtig tagende Londoner Konferenz bietet hierzu reichlichen Anlaß.

Uebrigens soll die Fortsetzung der Konferenzberatungen durch das Ausbleiben des französischen Bevollmächtigten ernsthaft in Frage gestellt sein. Im Sinne des Vertrages ist auch eine Beschlussfassung ohne Frankreich nicht gut möglich, nachdem die Ausübung der Vertragsbestimmungen nur mit Einwilligung aller beteiligten Mächte erfolgen kann.

Vom Kriegsschauplatz.

Zur Beschießung von Paris. Einem Berichte des „Journal officiel“ entnehmen wir folgende Einzelheiten über das Bombardement der Hauptstadt Frankreichs:

Die Beschießung währte die ganze Nacht hindurch. Zweihundertunfünfzig Schüsse wurden von den preussischen Batterien abgegeben, und hundertsechszwanzig Hauptkugeln plakten auf verschiedenen Punkten des linken Ufers, namentlich in den Vierteln Val de Grace, Notre-Dame des Champs, Ecole Militaire, Montparnasse, Blaisance; in den Straßen Mouffetard, Ronge, Port Royal, Notre-Dame des Champs, Boulevard des Invalides, Rue Nationale, Avenue d'Italie, Chaussee du Maine.

Die beschädigten Gebäude sind: die Ecole Normale, die Kirche Saint Nicolas, die Anstalt für die jungen Blinden (sünf Menschenopfer), die Spitäler des Infant-Jesus und der Maternité (sünf Hebammen-Geheulige verletzt), die Bäckerei der Spitäler. Drei Feuerbränste, die, Dank der raschen Hilfeleistung, bald gelöscht wurden

sind ausgebrochen, und man hat 43 Häuser gezählt, die beschädigt worden sind.

Vom 12. auf den 13. Januar.

Trotz eines dichten Nebels, der es nicht möglich machte, alle Wirkungen des Bombardements zu verzeichnen, hat man doch 250 auf die Stadt geschleuderte Kugeln gezählt, deren Wirkung besonders in den Vierteln Notre-Dame des Champs, Jardin des Plantes und Croulebarbe sich fühlbar machte.

Biele Kugeln fielen im Jardin des Plantes so wie in der Rue Seipion gelegenen Zentralbäckerei nieder; verschiedene öffentliche Anstalten wurden getroffen; so das Institut für die jungen Blinden, das Spital de Lourcine, die Ambulanz de Sainte Perine, die der Augustinerinnen, das Haus der Compagnie des Petites-Soeurs; außerdem wurden 58 Privathäuser, namentlich Rue de Lourcine und Boulevard Arago stark beschädigt. Schließlich zählt man 13 Schlachtopfer; 2 Tote und 11 Verwundete.

Wenn man die bisherigen Opfer der Gesamtbeschießung zusammenzählt, gelangt man zu folgenden Resultaten:

Table with 3 columns: Night, Deaths, Wounded. Totals: 51 Deaths, 138 Wounded.

Die 51 Tode vertheilen sich folgendermaßen: 18 Kinder, 12 Weiber, 21 Männer.

Von den 138 Verwundeten sind: 21 Kinder, 45 Weiber, 72 Männer.

Gesamtzahl: 39 Kinder, 57 Weiber, 93 Männer.

Neununddreißig todt Kinder, siebenundfünfzig zusammengegeschossene Weiber, welsch' schöner Vorberertrag für den Kaiser Bomba.

Ungarische Delegation.

(Öffentliche Sitzung vom 25. Januar.)

Präsident Wittö eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr. Auf der Ministerbank: Deuist, Konyha. Regierungsvertreter: Orczy, Hofmann, Falte. Nach Autentification des Protokolls bringt Koloman Szóll folgenden Antrag ein: „Die Delegation möge eine aus 7 Mitgliedern bestehende Kommission wählen, welche die Beschlüsse der beiden Delegationen zu vergleichen und d. r. Delegation Bericht zu erstatten hätte.“

Der Ausschuss beantragt für Titel 1 „Zentralleitung und geheime Ausgaben“ 573,117 fl.; Spezialtitel für Post 1 des Tit. 1 „Ministerialauslagen“ 229,981 fl.; für Post 2 „Auslagen der Präsidialabtheilung“ 61,679 fl.; für Post 3 „Auslagen der Ueberlegungsabtheilung“ 22,259 fl.; für Post 4 „Auslagen der Haus-, Hof- und Staatsarchiv“ 27,023 fl.; für Post 5 „Auslagen des Ministerialzahlbureaus“ 7497 fl.; für Post 6 „Auslagen der orientalischen Akademie“ 18,687 fl.; für Post 7 „Geheime Auslagen“ 200,000 fl.; zusammen also 573,117 fl.

Edouard Sebényi unterstützt Herményi. Puhl spricht für den Antrag der Subkommission und für die Vortragung von 200,000 fl. für geheime Auslagen.

Koloman Ernó spricht im Sinne Herményi's und will die verlangte Summe nicht votiren, während August Refort die für geheime Auslagen verlangten 200,000 fl. bewilligt.

Bei dieser Gelegenheit entpinn sich zwischen Vano und Puhl ein Zwiespäch, in welchem sie einander rathen, zur ungarischen parlamentarischen Opposition in die Schule zu gehen, um parlamentarische Formen zu lernen.

Paul Kraly, Ferdinand Eber, Baron Bela Wendheim und Baron Emerich Miste sprechen für die Bewilligung der geheimen Auslagen; ebenso Hagynale.

Bei erfolgter Abstimmung wird der Antrag der Subkommission, für Titel 1 „Zentralleitung und geheime Auslagen (Dispositionsfond)“ die Summe von 573,117 fl. zu bewilligen, angenommen.

Als außerordentlicher Bedarf zu Titel 1 werden für „Ministerialauslagen“ 2520 fl. und für „Auslagen des Präsidialbureaus“ 17,680 fl. bewilligt.

Für Titel 2 „Diplomatische Auslagen“ beantragt der Ausschuss 962,195 fl.

Dieser Antrag wird verworfen. Der Präsident stellt die Frage, ob die Delegation die von der österreichischen Delegation für Tit. 2 bereits bewilligten 890,580 fl. annehme? Auch dieser Antrag wird abgelehnt.

Jetzt wußte Niemand, wofür er gestimmt habe und wofür nicht, bis endlich der allgemeinen Verwirrung dadurch ein Ende gemacht wurde, daß die Delegation für Tit. 2 von dem Ausschuss beantragten 962,195 fl. 890,580 fl. für's Ordinarium, den Rest aber von 71,610 fl. für das Extraordinarium zu den hier bereits beantragten 25,725 fl. bewilligte.

Ferner beschloß die Delegation, für Tit. 2 als Bedingung die Einkommensteuer mit 10,000 fl. einzustellen.

Für Tit. 3 „Konjunktalauslagen“, beantragt die Subkommission als ordentliche Ausgabe 652,770 fl. zu bewilligen, welcher Antrag auch angenommen wird.

Zu Tit. 3 werden folgende Resolutionen angenommen: Die Delegation erwartet es von dem Minister des Aeußern, daß er:

- 1) in Folge der Regelung der Statuten bei den in den Donaufürstenthümern neu zu organisirenden Konsulaten auch befähigte Ungarn anstelle;
2) möge der Minister des Aeußern anordnen, daß von solchen Individuen, welche bei jenen Konsulaten der europäischen Länder, bei welchen größtentheils ungarische Unterthanen betreffende Angelegenheiten vorkommen, auch die Kenntniß der ungarischen Sprache gefordert werde.
3) Die Delegation erwartet es von dem Minister des Aeußern,

daß er über den Stand des Handelsverkehrs in China, Japan und Siam...

Für außerordentliche Ausgaben zu Titel 3 wurden 15,000 fl. bewilligt.

Als Bedingung für Titel 3 beschließt die Delegation einzustellen:

- a) Konsulatseinkünfte 115,000 fl., b) Einkommensteuer 6000 fl., c) Diensttagen 2500 fl., zusammen 123,500 fl.

Die Delegation erwartet es vom Minister des Aeußern, daß er auch die österreichisch-ungarischen Konsulate ad honores anweisen wird...

Der gemeinsame Minister des Aeußern wird aufgefordert, die gemeinsamen Schritte zu thun, damit das Wappen und das Siegel der österreichisch-ungarischen Monarchie je eber auf gesetzlichem Wege bestimmt werde.

Für Titel 4, „Unterstützungen für Montenegriner Flüchtlinge“ bewilligt die Delegation 15,000 fl.

Für Titel 5, „Subvention an den österreichischen Lloyd“ werden 2,000,000 fl. bewilligt und hierfür als Bedingung einbestellt: a) 4proz. Zinsen der Prioritätsschuld des österr. Lloyd 120,000 fl.; b) Einkommensteuer des österr. Lloyd 82,000 fl.; c) Poststeuern des österr. Lloyd 50,000 fl., zusammen 252,000 fl.

Nachdem das Budget des Ministeriums des Aeußern hiemit erledigt ist, erfolgt der Schluß der Sitzung um 7 1/2 Uhr.

Reichstagsverhandlungen.

(Unterhausung vom 25. Januar.)

Präsident: Bela Perczel.

Auf der Ministerbank: Andrássy, Kertápolv, Fetics.

Das Protokoll der jüngsten Sitzung wird authentifiziert. Der Präsident meldet mehrere Jurisdiktionspetitionen an, welche ebenso wie die von der Abg. Grezar Simay und Emerich Szabó eingebrachten, der Petitionskommission zugewiesen werden.

Georg Strati miróvits interpellirt den Minister des Innern, ob er Kenntniß von den Ueberschweimmungen habe, die gegenwärtig das Torontaler Komitat verheeren, und welche Maßregeln er getroffen, um das Uvalád zu mildern?

Die Interpellation wird dem betreffenden Minister zugestellt. Das Haus überreicht zur Tagesordnung, auf welcher die Fortsetzung der Erörterung über das Budget steht. Verhandelt wird fortwährend die Vorlage des Finanzausschusses in Betreff der Gehaltserhöhung der Beamten.

Kabizlaus Berzenczy polemisiert gegen Alexander Buday; er behauptet die ungenügende Anzahl der Beamtenernennungen; man darf aber so handeln müssen, denn die alten Beamten müßten entweder angestellt oder pensionirt werden; er stimmt mit V. Ludwig Simonó.

Ministerpräsident Graf Julius Andrássy bittet um Entschuldigung, daß er die Verhandlung unterbricht, allein er habe den von Sr. Majestät sanctionirten Gesetzentwurf über die Rekrutenverteilung zu überreichen und er bittet, denselben sofort zu publiziren, da heute auch das Oberhaus eine Sitzung hält und die Publikation auch dort stattfinden könnte.

Der Gesetzentwurf wird publizirt und dem Oberhause zu demselben Zweck zugestellt.

Woziz Wabraman beschaat, daß sich jetzt die Generaldebatte erneuert, statt daß das Haus die Spezialdebatte vornehmen würde. Man spricht von den Delegationen, der Kommissionsorganisation, den Reklagen der ungarischen Jugend und noch hundert anderen Dingen, nur von dem Gegenstand, der verhandelt werden soll, von der Gehaltserhöhung, spricht man wenig oder gar nicht. Die Frage der Gehaltserhöhung ist keine Prinzipienfrage, sondern eine Interessenfrage, eine Frage des Interesses von Tausenden und Tausenden. Man hat den Vorschlag des Finanzausschusses hauptsächlich von zwei Gesichtspunkten angefaßt. Vor Allem vom Gesichtspunkte der Sparsamkeit. Das Sparen ist ebenso nützlich, als nöthig, aber nur am rechten Maaße. Wenn der Staat seiner Verwaltung, seiner Beamten bedürfte, dann wäre es ganz in Ordnung, die Summen der Gehälter zu streichen; allein da der Staat der Verwaltung und solch der Beamten bedarf, so muß man dafür sorgen, daß die Beamten verlässlich und brauchbar seien und zu diesem Zwecke muß man sie gut stellen. Eine Sparmaßnahme in dieser Richtung ist die größte Verwundung. Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß bei uns die Zentralverwaltung ohnehin schon übermäßig theuer sei. Dieser Umstand ist dem Finanzausschuss nicht entgangen; er hat noch genauer Untersuchung gefunden, daß unsere Zentralverwaltung im Ganzen ungenügend theuer, der einzelne Beamte aber sehr schlecht gestellt ist. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, ist es nöthig, die einzelnen Beamten besser zu stellen, dafür aber ihre Zahl zu verringern. Der besser bezahlte Beamte wird mehr, besser arbeiten, während sie jetzt meist nur sehr wenig arbeiten. Redner bespricht noch im Allgemeinen die gegenwärtige Stellung der Beamten, er betont die Nothwendigkeit der Vorlagen eines Planes zur definitiven Organisation der Staatsverwaltung und der Beamter, und schließt mit der Erklärung, daß er den Vorschlag des Finanzausschusses annimmt.

Alexander Csiky entschuldigt sich vor Allem, daß er in dieser Angelegenheit das Wort ergriff. Es liegt seiner Ansicht nach keine Anknüpfung darin, daß er gestern gegen die Annahme des Budgets im Allgemeinen gestimmt und heute doch zu einem Detail das Wort ergriff. Gestern hat es sich nur um die politische Frage gehandelt, heute handelt es sich um eine finanzielle. Redner ist gegen die Gehaltserhöhung und gegen die Beamtenvermehrung. Man möge sich mit dem 1848er Beamtenstatus begnügen.

Da kein Redner mehr vorgemeldet ist, so erklärt der Präsident die Verhandlung für geschlossen. Er zur Abstimmung geschritten wird, aelangt jener Theil des heutigen Sitzungsprotokolls, der von der gegebenen Gesetzespublikation handelt, zur Vorlesung, um authentifizirt und in Begleitung des Gesetzentwurfs dem Oberhause überfendend zu werden.

Nun soll die Abstimmung folgen. Der Präsident setzt auseinander, daß hier drei Anträge zur Entscheidung vorliegen; der eine ist derjenige der Regierung in Betreff der Erhöhung des Gehalts jener Staatsbeamten, welche weniger als 1050 fl. Jahresgehalt beziehen; der zweite derjenige der Regierung in Betreff der Erhöhung des Quartiergehaldes der Beamten; der dritte derjenige Franz Deak's, wonach die Gehaltserhöhung auch auf die Konzipisten des obersten Gerichtshofes ausgedehnt werden soll. Der Finanzausschuss beantragt sowohl in Betreff der Gehalts- als auch der Quartiergehaldserhöhung einen Abstrich von der Regierungsvorlage.

Bei der Abstimmung werden in Betreff der Gehaltserhöhung die Anträge der Regierung und Franz Deak's, bei der Quartiergehaldserhöhung aber der Antrag des Finanzausschusses gegen den der Regierung angenommen.

Es folgt jener im Generalbericht des Finanzausschusses enthaltene Beschlusseantrag, wonach die Lehranstalten, welche gegenwärtig dem Finanz- und dem Sanitätsminister unterstehen (Montanacademie, landwirthschaftliche Lehranstalten) künftig dem Unterrichtsminister unterstellt werden sollen.

Gabriel Barabv acceptirt diesen Antrag in vollem Maße, bringt aber noch einen weitem Antrag ein, wonach die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen soll, der versüßt, daß alle staatlichen Lehr-, Bildungs- und Kulturanstalten (so auch das Nationaltheater u. s. w.) dem Unterrichtsminister unterstellt werden.

Kabizlaus Kozmics kann den Antrag des Finanzausschusses nicht annehmen. Der Antrag klingt theoretisch ganz gut, ist aber praktisch nicht von unbezweifelbarem Nutzen; die Fachlehranstalten sollen praktische Fachmänner, nicht bloße theoretische Gelehrte ausbilden; deshalb ist es besser, man beläßt sie im Ressort der betreffenden Fachministerien und sorgt dafür, daß praktische Kräfte an denselben wirken.

Franz Deak wünscht zunächst zu wissen, ob unter den Lehranstalten, welche künftig dem Unterrichtsminister unterstellt werden sollen, auch die militärischen Lehranstalten, das Ludovizeum, die Honvédoffizierschulen verstanden sind? Der Finanzausschussreferent möge darüber Auskunft geben, denn im Bericht ist dies nicht deutlich angegeben. Sind die Militär-Lehranstalten auch darunter verstanden, so nehme ich den Antrag nicht an; sind sie nicht darunter verstanden, so werden wir die Sache debattiren. Ich halte es überhaupt für eine heikle Sache, daß man nur allgemeine Prinzipien vorlegt und uns darüber votiren läßt. Man spezifizire die Sache, man lege ein genaues Verzeichniß der Lehranstalten, die in ein anderes Ressort überfetzt werden sollen, vor und wir werden wissen, woran uns zu halten.

Finanzausschussreferent Koloman Széll erklärt, daß die Lehranstalten im Antrag nicht mitinbegriffen sind, da sie sich im 1871er Budget nicht befinden, derselbe sich aber nur auf die Lehranstalten bezieht, die im 1871er Budget Aufnahme gefunden haben.

Finanzminister Kertápolv verspricht in dieser Angelegenheit eine detaillirte Vorlage einzubringen.

Thomas Koch spricht ebenso, wie Karl P. Szathmáry für Barabv's Antrag, Couard Szabó und Anton Janóvich wünschen, daß der Minister einen Gesetzentwurf vorlege.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Finanzausschusses angenommen, derjenige Barabv's abgelehnt.

Der Referent verliest hierauf den Theil des allgemeinen Finanzberichts, welcher sich auf die Errichtung einer Landesbibliothek mit Auflassung der einzelnen Ministerialbibliotheken bezieht.

Kol. Tiba stimmt in der Grundidee mit dem Finanzausschuss überein und bringt einen diesbezüglichen Beschlusseantrag ein, daß die Regierung anzuweisen sei, einen detaillirten Plan zur Errichtung einer Landesbibliothek demnächst einzubringen, und zwar soll dieselbe so eingerichtet sein, daß sie sowohl den Wünschen des Publikums, als den Bedürfnissen der Ministerien genügen soll, indem man gegen Kautionserlag Bücher nach Hause nehmen können soll.

Koloman Széll erklärt, daß er gegen Tiba's Antrag nichts einzuwenden habe; dieser wird hierauf einstimmig angenommen.

Betreffs der Fundationen beantragt die Finanzkommission, daß dieselben sämtlich der Verwaltung des Finanzministeriums unterstehen sollen; ferner bezüglich der Anleihen, daß der Ausweis über den Stand derselben als Ergänzung zum Budget eingebracht werde. Mit beiden Anträgen erklärt sich der Finanzminister einverstanden; dieselben werden angenommen.

Es folgt der Antrag des Generalberichtes der Finanzkommission über die Pensionen. Dieselben seien zu bewilligen, aber gewisse Lücken in der Zusammenstellung derselben zu ergänzen.

Couard Szabó: Im Vorjahre war das Haus lange mit der Feststellung der Pensionen für die Beamten von vor und nach 1848 beschäftigt, darauf wolle er nicht zurückgehen, da es sich gegenwärtig um die jetzt angestellten Beamten handelt. Bezüglich dieser habe man selbst auf der Rechten, ja auf den Regierungsbänken eingestanden: sie lassen viel zu wünschen übrig. Den Grund davon suchte man in der ungenügenden Bezahlung derselben. Man irre aber, wenn man meint, durch die Pensionirung der Beamten werde ihre Amtstätigkeit erhöht — gerade im Gegenteil sei diese Institution von der schädlichsten Wirkung auf dieselben. Redner ist darum für die gänzliche Abschaffung der Pensionen. Die Ansicht dürfte auf den ersten Anblick seltsam und unbegründet scheinen, sei aber vollkommen richtig. Die Pension verleiht zuerst gegen jeden modernen Begriff, nach welchem der Beamte, als freier Bürger mit dem Staate, dem er seine Dienste anbietet, ein Kontraktverhältnis eingeht, nicht aber der Diener der Regierung wird, welchem diese nach langjährigem Dienste, wie jeder Privatmann seinem alten, treuen Diener, das Grabdenkmal gibt. (Zustimmung.)

Zweitens ist die Pension nicht nur gegen die Würde des Beamten, sondern sogar gegen sein Interesse, denn er verliert gänzlich den Eifer für sein Fortkommen, für seine Ausbildung, indem er sich in das süße Bewußtsein hineinlebt: nach einer gewissen Reihe von Jahren werde er von seiner Pension leben können, es wäre also unnöthig, sich zu plagen, sich für die Fortbildung zu bemühen. So komme es, daß viele Beamte zu 30 Jahren sich schon ganz dem Faulenzen hingeben, während sie, nicht durch die Hoffnung auf Pension gebunden, noch sehr nützliche Dienste auf dem Gebiete der privaten Thätigkeit leisten könnten. (Beifall.)

Ferner würden die Beamten, wenn nicht die Aussicht auf Pension sie bewegen würde, sich zu so mancher Handlung nicht verstehen, die sie jetzt selbst gegen ihre Ueberzeugung begeben. Das zerstört die Charakterfestigkeit und ist von höchst unmoralischem Einflusse. (Zustimmung.)

Wohl wird man erwidern: die Pensionen haben wohl schlechte Seiten, aber die eine höchst wichtige, gute Seite, daß sie für die Beamten ein sorgenfreies Alter schaffen. Das galt jedoch nur so lange, als es keine Versicherungsanstalten gab; heute kann Jeder seine Pension sich sichern, indem er von seinem Gehalte einige Prozent anlegt, was ja auch in vielen Ländern die Regierungen thun, indem sie den Beamten einen Abzug an den Gehältern machen und dafür die Versicherung die Pension übernehmen; das sei bei uns wohl noch nicht der Fall, wahrscheinlich werde es aber der Minister bald einführen. Auch sei es für den Beamten viel vorteilhafter, wenn er selbst seine Pension sich verschert, da er in diesem Falle, wenn er es für gut hält, aus dem Dienste treten kann, während ihn die Pension in den Händen der Regierung festhält. Ferner sichert die Anstalt seiner Familie eine Pension, wenn er absterben sollte, ohne Rücksicht auf die Dauer der Versicherung, während die Regierung nur dann die Pension bezahlt, wenn er die bestimmte Zahl von Jahren gedient hat.

Sollte man einwenden: von einem kleinen Gehalte lasse sich schwer erippen und für die Versicherungsanstalt abziehen, so berufe sich Redner darauf, daß er für die Erhöhung der Beamtengehälter mit gleichzeitiger Reduzirung der Ueberzahl derselben erst gestern gesprochen. Er wünscht daher, die Regierung möge die verprochene Beamtenorganisation mit Rücksichtnahme auf die Streichung der Pensionen durchführn. (Beifall links.)

Der fernere Theil des Finanzausschusses wird nach kurzer Debatte angenommen.

Damit ist die Debatte über den Generalbericht zu Ende; es folgt nun die Verhandlung über das Budget des Ministerpräsidentiums. Referent Fried. Hartányi empfiehlt den Bericht der Finanzkommission zur Annahme.

Daniel Szabó ergibt sich in langen Reklamationen gegen die Regierung und namentlich gegen den Ministerpräsidenten. Die Regierung habe von allen ihren Versprechungen nichts eingeholt; Ungarn habe keinen Einfluß auf die auswärtige Politik der Monarchie; von den in der Thronrede verprochenen Reformen sei keine eingeführt worden. Die durchgeführten Gesetze seien gegen den Genius der Nation. Die Regierung ernenne nur Personen ihrer Partei zu Beamten, wenn sie Linke ernenne, so gehe die Rechte, um die Partei zu schwächen. Der Baurath ist überflüssig, ja, er habe Anlaß dazu gegeben, daß der Ministerpräsident einen oppositionellen Deputirten gewissermaßen unter der Bedingung dahin ernannt habe, damit er im Reichstage nicht mehr opponire.

Von der Kobizirung, von der Steuerreform sei noch keine Spur vorhanden, dagegen bestehe zur Schande des Landes die Prágelstrafe noch immer. Die Regierung sei eine aristokratische, trot-

dem die Mitglieder derselben im Jahre 1848 demokratisch gesinnt waren. Er habe einen Beschlusseantrag eingebracht, daß die Regierung alljährlich einen Bericht über den Zustand des Landes einbringen möge und der Ministerpräsident habe dies mit einem einfachen Kopfschütteln abgewiesen.

Keine der sehnlichsten Wünsche des Landes sei erfüllt worden und die Regierung, welche sich gerne die Vorlesung des Landes nenne, sei eine Stiefvorsehung.

Ministerpräsident Graf Andrássy findet die ewigen Reklamationen des Redners nicht am Platze und will ihm nicht auf das Terrain der allgemeinen Umpfassen folgen, sondern wolle die en masse gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen einfach zurück, da er stets für alle seine Handlungen eingestanden und für seine Politik verantwortlich gewesen sei.

Was die Aufnahme eines Oppositionsmitgliedes in den Baurath betrifft, so habe Redner denselben durchaus nicht von seiner Partei losreißen wollen; das sei keine Art nicht, vielleicht übt der Redner eine solche Taktik. Die Anträge wegen der äußeren Politik beruhen auf Entstellung der Thatfachen.

Der Redner beklagte sich darüber, daß die Regierung nur ihre Getreuen ernenne; dann wieder, der Minister wolle durch die Ernennung von Oppositionsmitgliedern die Linke schwächen; das sei ein reiner Widerspruch, darauf könne er also nicht antworten. (Beifall rechts.)

Die Forderung, daß die Regierung ein Situationsbild alljährlich einbringen soll, habe er nicht mit einem Kopfschütteln abweisen wollen; er wolle nicht, daß sein Kopfschütteln solche Wirkung habe. Künftighin werde er sich gegen die Vorschläge des Abgeordneten dieses Mittels bedienen. (Beifall rechts.) Uebrigens dienen die Situationsbilder den Regierungen nur dazu, über den Zustand des Landes schönfärbische Berichte einzubringen.

Es sei möglich, daß die jetzige Regierung eine Stiefvorsehung sei, hoffentlich werde Gott gütig sein und dem Lande eine gute Regierung geben, indem er den Redner an die Spitze derselben stellen wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Hierauf schließt die Sitzung um halb 3 Uhr. Nächste Sitzung: morgen, 10 Uhr Vormittags.

(Oberhausung vom 25. Januar.)

Die heutige Sitzung des Oberhauses wird vom Vizepräsidenten Graf Johann Esirakly um halb 1 Uhr eröffnet. Als Schriftführer fungiren Baron Julius Nary und Emerich Wiscs. Es wird der Schriftführer des Abgeordnetenhauses Georg Vacsovics in den Saal geführt. Derselbe überbringt das im Abgeordnetenhause bereits promulgirte, mit der allerhöchsten Sanction Sr. Majestät versehen herabgelangte Gesetz über die Rekrutenverteilung für das Jahr 1871. Das Gesetz wird publizirt, das Exemplar, welches die Sanction enthält, soll im Landesarchiv aufbewahrt werden.

Der Präsident bringt dem Hause zur Kenntniß, daß der Debrecziner Anwaltverein ein Memorandum über die Organisation der Gerichtshöfe erster Instanz eingekendet hat. Dasselbe soll feinerzeit, wenn dieser Gegenstand zur Verhandlung gelangt, berücksichtigt werden. Schluß der Sitzung um 1/4 Uhr.

Inland.

West, 25. Januar. (Aus dem Reichstage.) In der heutigen Reichstagsung wurde die Spezialdebatte über den Bericht der Finanzkommission zum Budget zu Ende geführt. Die Verhandlung bot nicht viele bemerkenswerthe Momente. Größtentheils wurden die Vorschläge des Finanzausschusses angenommen, Vorschläge, welche durch die Anforderungen einer guten Verwaltung und gesunden Finanzwirtschaft genügend begründet werden; wir haben dieselben bereits anlässlich der Einbringung des Kommissionsberichtes mitgetheilt und gewürdigt. Nur will uns bedünken, daß diese Anträge nicht recht am gehörigen Ort verhandelt wurden, und daß die Art der Annahme nicht geeignet ist, denselben auch einen praktischen Werth zu verleihen.

Was Erstes, den Ort und Anlaß der Verhandlung ähnlicher Neuerungsvorschläge anbelangt, so wäre dieselbe unseres Dafürhaltens am Platze gewesen bei der Erörterung der allgemeinen Budgetvorlage, wenn eine solche überhaupt erfolgt wäre. Hier wäre Gelegenheit, das Budget nur unter der Bedingung zu votiren, daß dasselbe auf Grund der beschlossenen Reformen zu verwenden sei, oder doch mittelst eines Reichstagsbeschlusses dem Ministerium auszufragen, das nächste Budget mit Berücksichtigung dieser Reformen einzubringen. Nachdem eine allgemeine Budgetvorlage nicht eingebracht worden, so wären die für gut gehaltenen Neuerungen bei der Behandlung der einzelnen Ministerialbudgets und der betreffenden Verwaltungszweige den Ministern zur Pflicht zu machen. In beiden Fällen wäre die Ansicht des Hauses mit Wirkung zum Ausdruck gebracht worden. So aber, wo der Gegenstand der Verhandlung eigentlich nichts Anderes war, als die Gutheißung oder Ablehnung der allgemeinen Ansichten der Finanzkommission, können wir nicht recht absehen, wie das Verhandlungsergebnis zur thatsächlichen Geltung kommen kann. Unseres Erachtens wird, um den reichstäglichen Aussprüchen eine konkrete Form und Wirksamkeit zu verleihen, nothwendig sein, bei den einzelnen Budgets die Neuerungsvorschläge des Reichstages auf die respektiven Verwaltungszweige in konkreter Weise anzuwenden. Dies wird nun nothgedrungen eine Wiederholung der heutigen Verhandlung sein.

Auch die Art der Annahme der kommissionellen Vorschläge scheint uns nicht danach angethan, dieselben zur praktischen Geltung zu bringen. Die Finanzkommission hat, wie sie denn auch nicht anders konnte, in ihrem Berichte ein Gutachten über eine zweckmäßigere Handhabung und Eintheilung des Verwaltungsmechanismus in der Form von Wünschen erstattet. Der Reichstag hat nun mit der heutigen Abstimmung diese Wünsche zu den seinigen gemacht. Wie diese pia desideria zur Verwirklichung kommen sollen, läßt sich nicht leicht begreifen. Wir wissen, daß die ausdrücklichen Aufträge des Reichstages von der Regierung nicht immer befolgt zu werden pflegen. Wie will man da erwarten, daß die Regierung diesen unschuldigen Wünschen gegenüber zuvorkommend genug sein werde, ihnen ohne Weiteres zu willfahren? Sehr richtig war daher die Bemerkung Koloman Tiba's, der Reichstag möge seine Ansichten über die vorgeschlagenen Reformen im Wege formeller Beschlüsse zum Ausdruck und zur Geltung bringen.

Namentlich finden wir dieses nöthig bezüglich zweier Gegenstände, welche der Reichstag selbst auf Grund ministerieller Vorlagen zu erledigen beabsichtigt: Die Ausschreibung

der verschiedenen Fonds aus den Ressortministerien und die Zuweisung derselben an das Finanzministerium; einer allgemeinen, auch dem Publikum zugänglichen Landesbibliothek mit gleichzeitiger Auflösung der vielen Spezialbibliotheken der Ministerien.

Bezüglich dieser zwei ebenso zweckmäßigen, wie wichtigen Neuerungen wäre zu wünschen, daß der Reichstag mittelst Beschlusses der Regierung peremptorisch auftrüge, die bezüglichen Gesegenswürfe rechtzeitig einzubringen, so daß sie vor der Inangriffnahme des 1872er Budgets noch erledigt werden könnten.

(... ch.) Aus Oberyarn, 24. Januar. Die Unterstufungen der Volksschullehrer aus Staatsmitteln werden auch in diesem Jahre stattfinden, obwohl selbst Schulkomitee sich gegen dieselbe ausgesprochen. Wir müssen bekennen, daß auch wir diesem Stande angehören, denselben mit allen seinen Leiden und Beschwerden kennen, da auch wir auf unserer langen Laufbahn als Volksschullehrer denselben fast bis zur Hefe genossen. Gleichwohl sprechen wir im Voraus kein Verdammungsurtheil über jene, die sich gegen die Unterstützung ausgesprochen, wenn dieselben nämlich von der Idee ausgehen, daß die Unterstützung nicht dem Verdienste, sondern der Protection nach geschieht. Denn wahrlich kein Mensch wird so engberzig, so hart und gefühllos sein, daß er dem verdienten und verdienstvollen Volksschullehrer, dessen Los keinesfalls ein neidenswertes ist, eine Unterstützung aus einer Kassa mitgibt, oder entziehen wird, die ihn gar nicht alterirt, in Folge deren aber denn doch in erster Reihe einer notleidenden Lehrerfamilie und ferner auch dem Lande wohlgethan wird, indem man also die Lust zum Berufe wach hält und gute Unterrichtserfolge fördert. Anders aber verhält sich die Angelegenheit, wenn man der Unterstützung der Lehrer aus Staatsmitteln deshalb ein Gegner ist, weil die Unterstützung nicht den Verdienst, nicht die Würdigkeit, nicht die Armuth trifft. In der That wurde schon auf dem ersten ungarischen Lehrertage streng gerügt, daß Lehrer, welche Haus und Hof, welche Privatgeschäfte und Vorräthe vermögen haben, Unterstützungen erhielten, während anerkannt arme Lehrer — auf nächstes Jahr vertröstet wurden! Aus genauer Quelle aber wissen wir, daß auch heuer wieder solche Lehrer zu Unterstützungen empfohlen sind, die Tausende im Vermögen haben und damit Wucher treiben, die aber zugleich auch rentable Geschäfte haben, während andere alte Familienväter, wenn auch verzehret, doch nicht empfohlen werden! Es wird also wirklich ein arger Mißbrauch mit diesen Unterstützungen getrieben. Denn Mißbrauch ist's, einen wohlhabenden Lehrer zu empfehlen, Mißbrauch ist's, Denjenigen zu empfehlen, der sich's erschießt und den zu tranken, der Verdienste hat.

Uebrigens sollten diese Unterstützungen gleichmäßig und alljährlich an alle arme Lehrer vertheilt werden, dann würde die Unterstützung dem Staate, dem Lehrstande und auch der Gemeinde zu Gute kommen, dann wird es auch keine Gegner derselben geben.

Oesterreich.

(M.) Wien, 24. Januar. (Orig.-Korr.) Wie ich höre, ist mitten in der geschäftigen Neujahrstätigkeit der Spitzen unseres auswärtigen Amtes in jenen Kreisen seit einigen Tagen eine vollständige, nur schlecht verthüllte Panik eingegetreten und es hat allen Anschein, daß zu den betannten „Schlaflosen Nächten“ Sr. Erzherzogs des Reichskanzlers eine neue Serie derselben eingetreten ist. Die Schuld, voraussichtlich wieder auf eine Zeit die stielliche Nachtrube des Grafen Veust gehört zu haben, trifft diesmal niemanden Anderen, als den Grafen Szécheny, welcher, kaum einige Tage in London angekommen, schon in der Lage war — wie und auf welche Art, wäre interessant zu erfahren — eine vertrauliche Mittheilung dem Herrn Reichskanzler zukommen zu lassen, welche einerseits als negativer Beweis für das Mangelhafte unserer bisherigen Vertretung in London dienen kann, andererseits neben Konstatirung der erst jetzt selbst im hiesigen auswärtigen Amte — betannt gewordenen Injuzenz Bismarck's Jules Favre gegenüber, Enthaltungen über die Beziehungen Rußlands und Preußens, so weit selbe den Konferenzboden betreffen, enthält, welche einen so gewichtigen Staatsmann, wie es ohne Zweifel Herr v. Veust ist, auch nicht einen Moment in Zweifel lassen konnten, daß es jenen beiden Mächten in rührender Uebereinstimmung nur darum zu thun ist, die Konferenz um jeden Preis unmöglich zu machen und auf diplomatisch-politischem Wege einfach auseinander zu sprengen. Wenn wir nun auch gerne bereit sind, dem Leiter unserer auswärtigen Beziehungen unser tiefstes Bedauern hinsichtlich jener bitteren Enttäuschungen zu jollen, welcher nun durch die neueste Brutalität des norddeutschen Staatsmannes alle so reizenden Zukunftskombinationen in Betreff eines austro-preussischen Freundschaftsbundes zum Opfer gefallen sind, und die wieder einmal so verhängnißvoll bethätigte „unglückliche Hand“ Sr. Erzherzogs auf's Innigste bedauern müssen, so läßt sich andererseits nicht leugnen, daß wir trotzdem im Interesse der Monarchie eine gewisse Genugthuung empfinden, daß Herr Bismarck wenigstens so freundlich war, uns hoffentlich noch rechtzeitig reinen Wein in Bezug auf seine wahren Intentionen einzuschenken und noch bei Zeiten in unseren maßgebenden Kreisen hoffentlich eine heilsame Enttäuscherung zu provoziren, deren es wahrlich schon Noth thut.

Was die ferneren Andeutungen des Grafen Szécheny betrifft, so unterliegt es für ihn schon jetzt keinem Zweifel, daß, wie sich die Sachen immer gestalten mögen, die Konferenz resultatlos auseinander gehen wird. Der Plan Rußlands und Preußens sei hiebei beiläufig folgender: Wird Frankreich nicht vertreten sein, so werden die Vertreter jener beiden Mächte die ersten sein, welche der Inkompetenz der Konferenz ohne Frankreich bestimmen werden; gelingt es Herrn Favre jedoch trotz der Verweigerung eines Geleitscheines in London am grünen Tische zu erscheinen, so hat Graf Bernstorff bereits die gemessene Ordre in Händen, die Vollmacht Favres anzugreifen die Legalität seiner Sendung als ungenügend hinzustellen und im besten Falle dem Vertreter des französischen Volkes bloß die unwürdige Rolle eines nur beratenden, aber keineswegs mitstimmenden Statisten zuzugestehen.

(L.) Wien, 24. Januar. (Orig.-Korr.) So oft auch schon wiederholt wurde, daß vor der Hand von der Bildung des neuen Kabinetts nicht die Rede sei, taucht dennoch heute wieder in einigen hiesigen Morgenblättern die Nachricht auf, daß Graf Potocki im Namen des gesammten Ministeriums dem Kaiser seine Entlassung gegeben hat. Nun, die Nachricht ist wohl begründet und braucht nicht von Gerüchten angeregt zu werden, aber sie ist auch nicht neu. Graf Potocki hatte schon vor sechs Wochen um seine Demission ersucht; allein der Kaiser wollte nicht darauf eingehen, weil damals die

Stellung des Grafen Veust erschüttert zu sein schien und daher die Bildung eines neuen Kabinetts nicht für opportun gehalten wurde. Graf Veust steht nun fester als je und Graf Potocki glaubte sein Entlassungsgeheiß wiederholen zu dürfen, was allerdings verflüssene Woche geschah. Allein auch diesmal wurde seine Demission nicht angenommen, mit dem Bemerkten, daß vor dem Schluß der Delegationsitzungen der Status in quo beizubehalten sei. Was nachher geschehen werde, läßt sich für jetzt nicht sagen, und was darüber verlautet, ist bloß Konjektur.

Bismarck's neueste Note, in Betreff des von England für Jules Favre gewünschten Geleitscheines hat in allen Kreisen die höchste Erbitterung wachgerufen. Sie zeigt, welcher Hochmuth sich des neuen Mebrers des Reiches und seines Satelliten bemächtigt hat. Die Vertreter der anderen Großmächte sind zur Konferenz vereinigt und warten mit ihren Beschlüssen nur bis zur Ankunft des Repräsentanten von Frankreich, da besteht ihnen der edle Graf gleichsam auf die Konferenz zu verzichten, weil er Jules Favre nicht in ihrer Mitte dulden wolle. Wir sind begierig zu vernehmen, ob die anderen Mächte mit Vammesgeduld diesen neuen Affront hinnehmen werden. Man sieht deutlich, daß der deutsche Kaiser nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern in seinen Vergewaltigungen noch weiter vorwärts schreiten wolle. Aber quousque tandem? Als bezeichnend darf bemerkt werden, daß selbst die hiesigen eingeleisteten preussisch-freundlichen Blätter, wie die „Presse“, die „Vorstadtzeitung“ u. s. w. nicht umhin können, ihre Stimme gegen die Bismarck'sche Note zu erheben.

Telegrafische Depeschen.

Neufaz, 25. Januar. (Orig.-Tel.) „Erbski Narod“ bringt einen Zyklus von geharnischten Artikeln gegen die Agitationen, welche „Zastava“ und „Narod“ für die bevorstehenden Landtagswahlen unter der Regide des Patriarchats-Administrators in Syrmien treiben. „Erbski Narod“ fordert die Serben auf, lokale Konnationale zu Ablegaten zu wählen, verdammt aber alle Umtriebe, welche im Agrarer Landtage die Serben durch Persönlichkeiten vertreten lassen wollen, welche der Nation im letzten Karloviger Kongresse zur Schande und zum Verderben gereichten.

Wien, 25. Januar. Die heutige „Wiener Abendpost“ bezeichnet alle von der „Presse“ gemachten Mittheilungen über die den österreichisch-ungarischen Konferenz-Bevollmächtigten bezüglich ihrer Haltung in der Donaufrage erteilten Instruktionen jeder authentischen Grundlage entbehrend und hebt hervor, daß dieselben, was die Thatsächlichkeit der Angaben betrifft, auf ganz irrtümlichen Annahmen beruhen.

Wien, 25. Januar. In unterrichteten Kreisen werden sämtliche von den Journalen mit der Neubildung des Kabinetts in Zusammenhang gebrachte Gerüchte und Kombinationen als unwichtig und verfrüht bezeichnet. Graf Potocky hat die nachgesuchte Demission formell nicht erhalten. Die Lösung der Ministerfrage und der Kabinettsneubildung wird nach dem Schluß der Delegationen erwartet.

Berlin, 25. Januar. Aus Brüssel wird gemeldet, daß der Adjutant Trochu's, Graf Herfford, welcher in das preussische Hauptquartier wegen eines 48stündigen Waffenstillstandes gesandt war, auch den Auftrag gehabt hätte, sich über die Stimmung zu informiren, welcher der Vorschlag wegen Räumung der Besatzungstruppen der Hauptstadt im feindlichen Hauptquartier begegnen würde.

Berlin, 25. Januar. Die „Provinzial-Korrespondenz“ meldet: Die Operationen der deutschen Truppen im nördlichen Frankreich werden demnächst im Zusammenhang der Bewegungen des rechten Flügels der zweiten Armee unter dem Großherzog von Mecklenburg noch größere Ausdehnung und Bedeutung gewinnen.

Berlin, 25. Januar. (Offiziell.) Versailles, 24. Januar. Der Verlust der Preußen beim Pariser Ausfälle am 19. d.: 39 Offiziere und 616 Mann. — Gegen die Pariser Nordfront sind neue Batterien auf nähere Distanz thätig.

Versailles, 24. Januar. Abtheilungen der Südarmerie überschritten südlich von Besangon den Doubs im Rücken Bourbaki's. — Longwy kapitulierte, 4000 Gefangene und 200 Geschütze fielen in unsere Hände.

London, 25. Januar. Die „Times“ bringt eine Meldung aus Versailles, wornach Favre mit Vorschlägen über die Kapitulation von Paris eingetroffen sei, er hatte eine Unterredung mit Bismarck. Favre verlangte für die Garnison einen ehrenvollen Abzug, die Vorschläge wurden jedoch für unannehmbar gehalten.

London, 25. Januar. Die Konferenz wurde gestern bis zum 31. d. verlagert, Granville hatte vor und nach jeder Konferenzsitzung eine Unterredung mit dem französischen Gesandten Tissot. Die „Times“ versichert, Bismarck besitzt seit gestern die vollständige Annahme der preussischen Friedensbedingungen seitens der Kaiserin Eugenie, denen auch Napoleon beistimme; die „Times“ ist gegen die Restauration des Bonapartismus.

Die „Morning Post“ sagt: Die Ablehnung der Ausfolgung eines Geleitscheines an Favre verursacht den peinlichsten Eindruck.

London, 25. Januar. „Daily Telegraph“ meldet: 800 Garibaldianer zerstreuten zwischen Nancy und Straßburg eine preussische Landwehrabtheilung, in Nancy herrscht große Aufregung. Die Bevölkerung von Elsaß wird beunruhigt.

Wien, 25. Januar. (Eröffnung.) Kredit 254.20 Staatsbahn —, Lombard 185.40, Franto-Austr. —, Anglo-Austr. 216.75, Tramway —, Napoleond'or 9.96 —, 1860er —, 1864er —, Ung. Kreditakt. —, Anglo-Hungarian —, Franto-Hungarian —, Verkehrsbank —, ungar. Grundentlastungen —, Rente —, ungar. Eisenbahnlehen —, Alfsld —, Nord-Ostbahn —, Kaschau-Oderberg —, ungar. Ostbahn —, Kreditloos —, Frankfurt —, London —, Paris —, preuß. Kassenanweisungen —, Dutaten —, Silber —, Silberrente —, Galizier 245.50, Nordbahn —, österreichische Volksbank —, Lebbast.

Wien, 25. Jan. (Offizielle Schlussturse.) Ung. Grundentl. 78.25 Anglo-Hungarian 81.—, Franto-Hungarian 64.75, Siebenbürger 168.25, Ungar. Nordost 158.—, Kettenbrücken-Altien —, Ostbahn-Prioritäten 84.90, Ung. Eisenb.-Akt. 104.40, Ung. Kreditaktien 84.—, Alfsld 169.50, Ung. Ostbahn 85.—, Salgó-Tarjaner 103.50, Ung. Pfandbriefe 89.—, Ung. Volo 92.80, Preussische Kassenanweisungen 183.50, Teichbahn 227.50.

Wien, 25. Januar. (Abendschluss.) Kreditaktien 255.30, Nordbahn 212.75, Staatsbahn 381.—, Lombard 185.30, 1860er 95.50, 1864er 119.—, Napoleond'or 9.95 1/2, Ung. Kreditaktien 84.—, Galizier 245.75, Anglo-Austr. 217.80, Franto-Austr. 103.50, Tramway 183.—, Raubant —, Volksbank —, Fünftirchner —, Ung. Dampfschiff —, Anglo-Hungarian —, Banatien —, Vesper.

Berlin, 25. Januar. Galizier 100 1/2, Freiwilliges Ansehen —, National-Anleihen 55 1/2, 1860er 77 1/2, Silber-Anleihen —, Böhmische Westbahn 100 1/2, Staatsbahn 207 1/2, Metalliques 47 1/2, Kreditloos 87 1/2, 1864er 65.—, Lombarden 100 1/2, Wien 80 1/2, Rumänier 52 1/2, Silberrente —, Rente —, Kreditaktien 130.

Liverpool, 25. Januar. Weizen lebhaft steigend 1—2, Mais 1 Pence höher.

Petersburg, 25. Januar. Roggen per Januar 7.

Antwerpen, 21. Januar. Petroleum 52.—

Stettin, 21. Januar. Weizen loco 62—76 Termin 75 1/2.

Roggen 50—53, Termin 52 1/2, Del loco 28 1/2, Termin 28 1/2, Spiritus loco 16 1/2, Termin 16 1/2.

London, 21. Januar. Konsole 92 1/2.

Amsterdam, 21. Januar. Roggen März 199.50, Ott. 209.50, Del März —, Mai —.

Tagesneuigkeiten.

West, 25. Januar.

* Militärisches. Das Königreich Ungarn stellt zur k. k. gemeinsamen Armee 31 Infanterie- und 14 Husarenregimenter, deren Ergänzungsbataillone folgende sind: Die Infanterieregimenter Nr. 5 in Szatmar, 6 Neufaz, 12 Komorn, 16 Steinamanger, 19 Raab, 23 Bombor, 25 Losoncz, 26 Gran, 29 Groß-Weckertel, 32 Den, 33 Arad, 34 Kaschau, 37 Großwardein, 38 Kecslemet, 39 Debreczin, 43 Wertheim, 44 Kaposvár, 48 Groß-Kanizsa, 52 Fünfkirchen, 60 Erlau, 61 Temesvár, 65 Munkacs, 66 Ungvár, 67 Eperies, 68 Szolnok, 69 Stuhlweissenburg, 70 Neusohl, 71 Trecenin, 72 Preßburg, 76 Dedenburg und 79 Nyiregyháza. Die Ergänzungsbataillone für die Husarenregimenter sind für Nr. 1 Szolnok, 2 Klausenburg, 3 Arad, 4 Maria-Theresiopel, 5 Dedenburg, 6 Kaschau, 7 Fünfkirchen, 8 Kecslemet, 9 Komorn, 10 Stuhlweissenburg, 11 Nyiregyháza, 12 Gyöngyös, 13 Pest, 14 Großwardein.

* Generalversammlung der Pester Stadtpreparanden. Unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters nimmt die Beratung um 4 1/2 Uhr Nachmittags ihren Anfang. Der Hauptgegenstand, über welchen eine mehr als einstündige Debatte gepflogen wurde, bildet eine Eingabe des Repräsentanten Julius Steiger, der anzeigt, daß auf der Südwestbahn die Ausfuhr schon seit Wochen beinahe gänzlich eingestellt ist und bittet, daß eine Kommission entsetzt werde, welche ihre Meinung abgeben möge, damit zur Verhinderung dieses Uebels bei der Regierung die nöthigen Schritte eingeleitet werden könnten. Er weist ferner nach, daß das ganze Arrangement hinsichtlich der Ausfuhr auf großer Willkürlichkeit beruht und innerhalb 10—12 Tagen bloß ein Tag für die Ausfuhr bestimmt ist. Jedermann müsse demnach begreifen, daß die innerhalb so langer Zeit sich ansammelnden Waaren an einem einzigen Tage nicht befördert werden können. Am meisten sind aber die Dampfmaschinen beeinträchtigt, die wöchentlich, gering gerechnet, 200,000 Zentner Getreide zu Mehl umwandeln und durch welche jährlich 100 Millionen Gulden in unsere Vaterstadt kommen, von welchen mindestens 20 Millionen Gulden blanke Münze sind. Dann hebt er hervor, daß durch diese Verkehrsstörung das industrielle und Arbeiterleben unvermeidlichen Schaden leide. Tabachy findet, daß dieser Gang — da die Angelegenheit an und für sich gut und einer Urgirung werth sei — noch viel zu schmerzhaft sei und meint, daß eine diesbezügliche Petition zu gleicher Zeit an die Regierung und den Landtag eingegeben werde.

Steiger's Antrag wird schließlich angenommen.

* Urtheilsaufhebung. F. Faver Szepeffi, Journalist, wurde vor ungefähr 16 Monaten durch das Pester Komitats-Strasgericht verurtheilt. Der oberste Gerichtshof hat mit seinem am 24. d. M. J. 152/1871 gefällten Urtheile dieses richterliche Erkenntniß kassirt. Herr F. Szepeffi spricht allen seinen Freunden, wie auch seinem Vertreter, Herrn Dr. Géza Fajessery, den innigsten Dank aus, die ihm in den Tagen des Leidens ihre Sympathien nicht entzogen. Wüßten Sie es doch, daß er zu der ihm imputirten That nicht fähig ist.

* Katalog der Bildergalerie des Museums. Das Kultusministerium hat mit der Herausgabe dieses Kataloges, welcher auch kurzgefaßte Biographien des betreffenden Malers enthält, einem faktischen Bedürfnisse abgeholfen und sich ein wahrhaftes Verdienst erworben. Der Katalog ist vom Kultus der Bildergalerie, Herrn Ligati, mit übersichtlicher Klarheit zusammengestellt und sehr hübsch ausgestattet.

* Donauregulirung. In Folge Konturausdehnung der Pest-Diner Donauregulirung werden sich von allen Seiten Unterneh-

mer, mel
der abrei
Landtage
nicht best
Berzger
wird, ob
den wä
in einem
Eitelkeit
war, wie
Gassen un
unsere S
ungewöhn
die unfer
denn bei
ins Auge
F e i e
f e r s
U n g e
denhänd
vor seiner
Untiefen
g e f a
a l f o
F r a n z
Weiter
den die p
heutigen
beiden Sk
n i s c h
merkjam.
wöhnlich
selbe gest
waren aus
heilfönl
sowie au
anstatt d
dert war,
die Sonn
mung.
Tanzord
den mit
waren.
stäte der
statt. C
was die
Bereit e
Anspruch
dieselben
zwischen
schulgaße
die Gint
*
Individu
Diner G
Barde,
erwir un
*
an den
liegen ge
Zasdent
deme Bo
können a
*
auf der
war näm
verfolgt
ihm in
jerschick
Schwert
seines G
Knaben
Hund et
riß und
tödtet w
*
nehmen
Tanzsch
Kompag
von dem
Pflanzl
auf den
auf sech
theilten
es unß
den und
Aber to
rechts u
wir un
eine Ru
meine
aufjuße
Bittens
seinem
nen plü
schüttel
verpür
gar oft
schmerz
hollen?
Schwarz
müßen

mer, welche zwar die Pläne studiren, doch unverrichteter Sache wie der abreisen, da ihnen das Ministerium, bevor das Operat vom Landtage nicht genehmigt ist, den Einreichungstermin der Offerte nicht bestimmen kann.

* Aus der Stadt der Boulevards. Schon Lessing eiferte in einem seiner Sinngedichte gegen das Brillentragen aus bloßer Eitelkeit, obwohl dasselbe damals bei Weitem nicht so bedenklich war, wie es bei dem deplorablen Zustande unserer Straßen und Gassen und bei dem weltberühmten Plaster der Fall ist, dessen sich unsere Stadt erfreut.

* Ballhaus. Der Medizinerball fand heuer nicht wie gewöhnlich im Hotel „Europe“, sondern in der Redoute statt, wo derselbe gestern mit dem üblichen Animo abgehalten wurde.

* Die Ofner Stadtthauptmannschaft hat nun auch das dritte Individuum, welches an dem heucheltigen Kaufmordversuche an dem Ofner Glasermeister theilhaftig war, und zwar den Häufelshüter der Wache, den Glasergesellen Korpenay, welcher dort bedienstet war, erwidert und verhaftet.

* Gefunden. In den Waggons der Ofner Südbahn sind an den verschiedenen Stationen in letzterer Zeit folgende Effekten liegen geblieben: 3 Herrenhüte, 1 Zigarrenspiz, mehrere Hand- und Taschentücher, 1 schwarzes Umhängtuch und 1 Regenmantel, verschiedene Bormert- und andere Bücher, Säde u. Diese Gegenstände können am Bahnhofe in Ofen reklamirt werden.

* Ein grauerregendes Schauspiel fand heute Vormittags auf der Wainnergasse statt. Aus der Gegend des Staatsbahnhofs war nämlich ein wüthender Hund in die Stadt gekommen, der wohl verfolgt wurde, den man jedoch nicht erreichen konnte, bis ein Knabe ihn in den Weg geriet, den das Unthier zu Boden warf und zu jenseitigen begann.

* Eine Kampfszene bei Nacht. Einem Privatschreiben entnehmen wir folgende interessante Episode aus den Kämpfen des Tann'schen Corps bei Orléans: Am 8. Dezember erhielt meine Kompanie die Befehle des Feindes, eine Anzahl von den Franzosen verlassener Kanonen, deren Vorhandensein unsere Plänkler gemeldet hatten, abzuholen.

* Der Niagara-Fall in der Wainnergasse. Nicht bloß Amerika hat seinen weltberühmten Niagara, sondern auch wir erfreuen uns eines solchen Naturwunders, so daß wir begierig Touristen es nicht mehr nötig haben, nach Amerika zu reisen, um eines

Neuer Freier Abend.

Die Postpflanze.

rg. Wir haben nicht nur ein kön. ung. Postamt, einen Postdirektor und ein Postgebäude, sondern was als eine uns ganz eigenthümliche Spezialität betrachtet werden muß, auch eine wohlkonstruirte Postpflanze, die ihren Beruf in einer Weise erfüllt, welche selbst die lächerlichste Phantasie hinter sich zurückläßt.

Da also dieser Briefkasten durch ein so vortreffliches Vertheidigungssystem geschützt wird, ist es begreiflich, daß derselbe nur mit dem Aufgebote großer Anstrengungen und mit wahrer Todesverachtung geklärt werden muß, wenn man wirklich an denselben gelangen will.

Er stand nämlich diesseits der Postpflanze, hob ein Bein in die Höhe und streckte die Hand in richtiger Würdigung des physischen Gleichgewichts vom Gleichgewicht (Ich bitte nicht das europäische Gleichgewicht darnunter zu verstehen) nach der entgegengesetzten Richtung aus, wodurch dieselbe so nahe an den Briefkasten kam, daß Hoffnung vorhanden war, es werde ihm gelingen, seinen Brief auf diese Weise in den Kasten zu speidern.

Leider aber blieb noch immer ein leerer Raum, oder wie man seit dem Beginne des preussisch-französischen Krieges zu sagen pflegt, eine Luftblase von ungefährl. sechs Zoll zwischen der ausgestreckten Hand und dem Kasten.

Vergebens wandte er den Kopf nach rechts und links, nach vorwärts und rückwärts und stellte sich auf die Zehen, es half nichts, der unübersteigliche Zwischenraum blieb unvermindert.

„Weh dem der einen Fuß sich bricht!“ Den Dank, Dame, begehrt ich nicht!“ und fügte dann in guter Prosa hinzu: „Kommen Sie im Juli, wenn die Postpflanze trocken ist.“

Der Niagara-Fall in der Wainnergasse. Nicht bloß Amerika hat seinen weltberühmten Niagara, sondern auch wir erfreuen uns eines solchen Naturwunders, so daß wir begierig Touristen es nicht mehr nötig haben, nach Amerika zu reisen, um eines

er interessantesten Naturwunders zu bewundern, die es überhaupt geben kann. Der Niagara liegt unter dem 72. n. B. und dem 24. ö. L. und verbindet den Erie- mit dem Ontariosee. Nicht alle unsere Leser werden vielleicht so gute Geographen sein, um die Lage dieser beiden Seen zu kennen und wir glauben daher den Dant derselben zu verdienen, wenn wir eine topographische Beschreibung derselben hier folgen lassen.

Der Erie-See bedeckt mit seinen Fluthen denjenigen Theil der Wainnergasse, wo sich an einer Seite die Wasserhandlung des Herrn Eduard Unschuld, auf der andern das Geschäft des Herrn Jovanovits befindet, während der Ontariosee den größten Theil seines Gestades in der Gegend der kleinen Brückgasse hat.

Bei der eigenthümlichen Beschaffenheit des Terrains, vulgo Plasters, ist es natürlich, daß sich auch ein imposanter Wasserfall gebildet hat, der Schnee und Eis mit sich führt und einen wirklich großstädtischen Anblick bietet. Bei der bekannten Feindschaft, welche zwischen dem Britischen Kanada und Nordamerika besteht, die nur durch den Erie-See von einander getrennt ist, steht zu befürchten, daß es zwischen den Herrn Unschuld, der sich auf nordamerikanischer, und Herrn Jovanovits, der sich auf kanadischer Seite befindet, zu Reibungen kommen könnte, die bei dem ohnehin gespannten Verhältnisse, das seit der Alabamafrage zwischen England und der Union besteht, leicht gefährliche Konsequenzen haben dürften.

Vereinsnachrichten.

Die Kopparbeitersektion des allgemeinen Arbeitervereins hält heute, Donnerstag den 26. d., im eigenen Vereinslokal (Jozsefstadt, Mariengasse Nr. 9) Abends 7 Uhr eine Sitzung ab. Die Sektion stellt sich zur Aufgabe, die nationalökonomischen Kenntnisse zu verbreiten, sich mit dem Studium der sozialen Frage zu beschäftigen und die Literatur auf diesem Felde zu heben.

Der Präsident: Ludwig Szoboda. Der Verein der Volksunterlehrer hat in seiner am 24. Januar abgehaltenen Ausschußsitzung beschlossen, jene Mitglieder, in deren Händen Subskriptionslisten sind, um Einlieferung der Listen resp. Mittheilung der bereits unterzeichneten Mitglieder an den Präses-Stellvertreter, Herrn Daniel Szanyi (Schloßergasse Nr. 1) oder an den Kassier, Herrn Miklos Rösler (Landstraße Nr. 4) zu ersuchen.

Gerichtsverhandlung.

Prozess Thais contra Weinberger. Der Gerichtshof hat sich aus dem Präsidenten Sebestyen und aus den Botanten Pötory und Rumbach konstituirte. Schriftführer ist Sebastiani. Der Kläger ist durch den öffentlichen Ankläger Dr. Szarvasy, der Angeklagte durch Dr. Bernhard Friedmann vertreten.

Es wird hierauf die Eingabe Weinberger's verlesen, worauf der Angeklagte das Wort nimmt, um die Vertagung der Verhandlung anzufordern, da ihm die Vertagung zur selben erst vor zwei Tagen zugekommen und er nicht im Stande gewesen sei, sich gehörig über die Thatsachen in Erinnerung zu rufen, andererseits seinen Vertheidiger zu informiren.

Der Präsident richtet an den Kläger die Frage, ob es wahr sei, daß er in Begleitung eines anderen Herrn die Kaffeemirthschaft des Weinberger um 12 Uhr Nachts besucht habe, ob er in Wirklichkeit Jemanden mit Bewachung des Kaffeehauses betraut habe? Der Kläger antwortet, daß er das Kaffeehaus des W. in amtlicher Eigenschaft etwa gegen 8 Uhr Abend besucht habe; daß er sich jedoch nur einige Minuten aufgehalten habe, aber Niemanden besonders mit der Ueberwachung dieses Lokals beauftragte oder dafür beehrte.

Der Angeklagte versucht nun eine längere Darlegung des Sachverhaltes und behauptet, der Stadthauptmann habe das betreffende Konfessionsgesetz aus Feindschaft gegen den Angeklagten zurückgehalten, eine Feindschaft, welche sich auch in wiederholter Sper-

zung des Geschäftes gezeit habe. Der Präsident ersucht den Angeklagten, den Beweis zu führen. Derselbe spricht wieder über die Sperrung des Geschäftes, welche eben den zweiten Punkt der Anklage bildet, worauf der Präsident die betreffenden Akten des Geschäftes zur Vorlesung bringt, woraus ersichtlich, daß dasselbe am 24. August zum Magistrat gelangt, von demselben am 27. an das Oberstadthauptmannamt gelangte, von diesem bereits am 31. desselben Monats an die Ratsstadthauptmannschaft geleitet war, am 10. September wiederholt vorgelegt wurde und am 11. Erledigung fand, daß demnach der Oberstadthauptmann in keiner Weise eine Verzögerung herbeigeführt, im Gegentheil die Sache schnellstens erledigt habe.

Der zweite Punkt der Anklage bezieht sich auf die Abstraktion des Angeklagten wegen eigenmächtiger Eröffnung der Kaffeehauslokation, in welcher derselbe eine Parteilichkeit des Stadthauptmannes erlitt.

Der Angeklagte sagt, daß er ihn aus persönlichem Hass mehrere Mal abgetrafft. Das erste Mal mit 100 fl.; dieses Urtheil hat der Magistrat aufgehoben; außerdem hat er ihm mehrere Geldstrafen auferlegt und ihn auch auf einen Tag eingesperrt.

Thaib hat sich bereit erklärt, W. zu bestrafen, da er die Sperrstunde nicht eingehalten hat. Th. verliest ein Schriftstück, welches er einen Akt nennt und in welchem ihm der damalige Oberbürgermeister Szentkiraly anbeißt, in der Angelegenheit Weinberger Bericht zu erstatten und bis dahin denselben unbehelligt zu lassen.

Der dritte Anklagepunkt wirft dem Oberstadthauptmann vor, er habe Konzeptionen für Vordelle, durch die Vermittelung der Frau Linzer, für Geld ertheilt.

Weinberger hat sich hiezu nicht selbst überzeugt, sondern sein Schwager Linzer hat es ihm gesagt; auch waren diese Konzeptionsertheilungen damals Tagesgespräch.

Der Zeuge Dr. Fülöp deponirt, ein gewisser Steiner sei zu ihm gekommen, um durch ihn die Konzeption zur Eröffnung eines Vordelles zu bekommen; Zeuge hat vergebens versucht, ihm das zu erwirken. Einige Tage später habe er von einem gewissen Nemcsich gehört, daß Steiner die Konzeption durch die Vermittelung der Frau Linzer bekommen habe, welcher Steiner 800 fl. gegeben hat. Thaib (bestigt): Das ist nicht wahr, der Zeuge lügt.

Der Präsident ermahnt den Oberstadthauptmann, sich des Gebrauchs solcher Ausdrücke zu enthalten.

Nemcsich hat es im Kaffeehaus gehört, daß Steiner der Frau Linzer 800 fl. gegeben habe, von wem weiß er nicht mehr; außerdem hat ihm ein gewisser Krebs gesagt, dessen Frau ein Vordell eröffnen wollte, daß er der Frau Linzer 600 fl. geboten habe für die Konzeption, während diese 1000 fl. verlangt hat.

Steiner sagt, die Konzeption zur Eröffnung seines Vordelles habe ihn keinen Kreuzer gekostet, sondern seine Frau habe dieselbe durch Verwendung mehrerer angesehenen Herren vom Oberstadthauptmann selbst erhalten.

Mosia Kreibitz sagt, es sei nicht wahr, daß ihr Mann der Frau Linzer Geld geboten habe, da sie die Konzeption vom Oberbürgermeister Szentkiraly erhielt.

Betti Ellinger weiß nur soviel, daß Weinberger sie aufgefordert hat, vor der Jünser-Kommission, welche die Sache des Oberstadthauptmannes zu untersuchen hatte, auszusagen, sie habe der Frau Linzer 300 fl. bebüßs Erlangung einer Vordellkonzession gegeben. Weinberger gab ihr die Versicherung, daß, wenn sie so ausgesagen werde, sie ihr Vordell in kurzer Zeit wieder eröffnen werde können. Zeugin hat so ausgesagt, wie sie von Weinberger instruiert worden und hat auch in 14 Tagen die Konzeption bekommen.

Definitiver Anklager Szarvasy (zur Zeugin): Sie haben auch jetzt bei der Voruntersuchung angegeben, Sie hätten der Frau Linzer 300 fl. zu dem obererührten Zweck gegeben?

Betti Ellinger: Ja, das ist gesagt, aber es ist nicht so.

Josefine Löwy hat bei der Jünser-Kommission angegeben, sie habe der Frau Linzer 100 fl. gegeben, jetzt modificirt sie diese ihre Aussage. Sie erzählt nämlich, die Behörde habe ihr Vordell gesperrt und sie sei nach Weisenburg gegangen; dort sei Herr

Linzer zu ihr gekommen und habe von ihr 100 fl. geborgt, wofür er ihr einen Wechsel gegeben hat. (Zeugin legt denselben dem Gericht vor.) Nun sagt Zeugin, sie habe auch bei der Jünser-Kommission behauptet, Herr Linzer 100 fl. gegeben zu haben, möglich, daß man Frau Linzer verstanden hat.

Weinberger bemerkt, daß die Löwy der Frau Linzer für jedes Mädchen, welches bei ihr wohnte 100 fl. zahlen mußte; er beruft sich auf Herrn Zaborzky, (damals Advokat, jetzt öffentlicher Ankläger des städtischen Kriminalgerichtes) welcher bei dem Magistrat, Namens der Löwy, wegen dieser Erpressung eine Klage eingereicht hat.

Herr Zaborzky bestätigt es, daß die Löwy zu ihm gekommen sei, um durch ihn bei dem Magistrat Klage zu führen, daß sie der Linzer für ein Mädchen, welches bei ihr wohnte (Antonia Nels) 100 fl. zahlen mußte.

Josefine Löwy will Herrn Zaborzky angeflucht haben, Herr Linzer wegen des Wechsels von 100 fl. einzulagen; doch Herr Zaborzky behauptet mit der größten Bestimmtheit, daß von Frau Linzer die Klage war und von einer Klage gegen diese, wegen der für die Antonia Nels gezahlten 100 fl.

Thaib bemerkt, daß er zu jener Zeit schon vom Amte suspendirt war.

Der berüchtigte geheime Polizeiaгент Friedmann will wissen, daß man die Löwy zu jener Zeit beredet habe, zu sagen, als hätte sie der Frau Linzer wegen Wiedererlangung ihrer Konzeption 100 fl. gegeben, wer die Löwy dazu beredet habe, das weiß er nicht; auch habe sie das Versprechen erhalten, unter dieser Bedingung ihre Konzeption wieder zu bekommen.

Thaib bittet (in sehr bestigem Tone) zu konstatiren, daß man auf die Zeugen zu jener Zeit von Seite der Behörde (hatsächlich) eine Pression ausgeübt hat, indem man ihnen die Vordelle sperrte und ihnen in einigen Tagen (nachdem sie verwendet hatten) die Konzeption zur Eröffnung wieder ertheilte.

(Fortsetzung folgt.)

Der Volkswirth.

Rückblicke auf das Geschäftsjahr 1870.

VI. Die Börse.

Wir wollen hier an die Schlussworte unseres Börsenrückblickes pro 1869 anknüpfen. Wir sagten damals: „Das Vergehen und das Verhalten der Banken während des Sommers und Herbstes 1869 bleibt für alle Zeiten denkwürdig und verdient gebührend beachtet zu werden, denn dies Treiben war — gelinde gesagt — unverantwortlich. Und was ist das Resultat der Wirksamkeit unserer Banken in dieser Periode? Während Institute und Unternehmungen ohne Existenzberechtigung wie Pilze aus der Erde sprossen, wurden Unternehmungen, welche nicht nur sichere Erfolge hätten erzielen müssen, sondern wirklich, und nicht nach beliebiger Willkür, einem längst gefühlten Bedürfnis abgeholfen hätten, im Sande gelassen; viele Waagegesellschaft und Entrepots, welche erstere bereits eingeklagt ist, und letztere nicht recht leben und sterben kann. Warum sind aber die Banken eben so und nicht anders vorgegangen? Dies ist eine Frage, welche sich jedem unwillkürlich aufdrängt.

Die Antwort darauf ist: weil die hiesigen Banken nicht unabhängig sind, sondern das Kommandowort und die Tagesparole von Wien erhalten; daß aber die Wiener Finanzkreise uns eben nicht halt sind, das zu erörtern hieße Gulden nach Athen tragen.

Das ungarische Geld- und Kreditwesen in seiner jetzigen Beschaffenheit gleicht einem Automaten, dessen Kopfstränge ein Anderer hält, und die Zugdrähte wieder ein Anderer handhabt; der vorne im Zusauerraum sitzt, glaubt, der Automat bewege sich selbstständig, nur ist es nicht schwer hinter die Coullissen zu blicken, was wir denn auch thun werden.“

Weiter müssen wir nach einem Jahre konstatiren, daß wir in dieser Hinsicht gar keinen Fortschritt gemacht haben, vielmehr die Dependenz von Wien eine noch empfindlichere geworden ist; als Beweis diene das Vorgehen der Nationalbank Ungarn vis-à-vis im zweiten Halbjahr 1870.

Die in unseren vorjährigen Rückblicken geschilderten Vorkommnisse des Jahres 1869 sind Jedermann im noch zu lebhaftem Gedächtniß, um hier weiter berührt zu werden, doch müssen wir erwähnen, daß die zu Ende 1869 eingetretene Reaktion sich noch auf die ganze erste Hälfte des abgelaufenen Jahres erstreckte.

Während in den zwei vorhergehenden Jahren Jedermann seiner Familie eine Wohlthat zu erweisen glaubte, wenn er die Spargroschen in irgend einem Industriepapier anlegte, schlug dies ins gerade Gegenteil um, und es entstand eine wahre Aktienflucht. Unter dieser ausgeprägten Aktiophobie litten aber am meisten die ungarischen Industriepapiere, an welche gar Niemand mehr anzuhängen wagte. Dadurch entstand in allen diesen Effekten ein dringendes Ausgabot zu den allerniedrigsten Kursen, ohne irgend das für Nehmer zu finden.

Die Coullisse und die kleine Spekulation, welche von der Hand in den Mund lebt und doch ihr Geschäft machen will, verteilte sich auf die mit Wien in Verbindung stehenden Baviere, und fällt die Einführung der österreichischen Kreditaktie als Spielpapier an der hiesigen Börse in diese Zeit. Man verlor und gewann seinen keine Differenzen an diesem Papier, was sich aber sonstigen in ein Spiel auf Telegramme ausbildete, denn andere Anhaltspunkte zu einer Kombination gab es hierin nicht. So verlief das erste Quartal 1870. Die Generalversammlungen einiger industrieller Unternehmungen zeigten, daß es doch nicht gar so schlimm bestellt sei, als man befürchtete.

Auch die Mehrzahl der Wahlen kam ohne bedeutenden Verlust, einige auch mit einem kleinen Nutzen davon, nur zwei dieser Establishments traten das Jahr 1870 mit tödlichen Leiden an und verließen das Jahr auch ungeheilt; daran war aber weder der Exportmangel noch die anderen unglücklichen Geschäftverhältnisse, sondern unverantwortliche Verwaltungsfehler Schuld, welche wir auch seiner Zeit klar darlegten.

Diese beide Mühlen, die Bannonia und Arpad, werden gar viele gute Jahre, sparsame Manipulation und große Vorsicht notwithstanding haben, um die Wunden zu heilen und den fressenden Krebschaden zu entfernen.

Gegen Schluß des ersten Quartals machte sich eine merkliche Besserung der hiesigen Plozverhältnisse bemerkbar, besonders war, es der Geldstand, welcher sich weit günstiger gestaltete. Das Privatpublikum sah wieder Muth, doch kam diese bessere Stimmung nur den Bank- und Sparkassenspapieren und den verschiedenen Kategorien Staatspapieren und Prioritäten zu Gute, während Industriepapiere nach wie vor vernachlässigt blieben.

Zu Anfang des zweiten Quartals trat einiger Mebiezport ein und auch für Zerealien war mehr Nachfrage, dazu gesellten sich die günstigen Saatenstandsberichte, besonders aber Berichte über die vor ausichtlich reichliche Heisernte.

Diese günstigere Stimmung fand man denn auch geeignet, um die Emission der Prämienlose vorzubereiten. Es knüpften sich an dieses Anlehen, respective dessen Verwendung besonders in den Schwesterstädten große Hoffnungen, welche aber, wie die Erfahrung lehrt, nicht oder doch nur in unvollkommener Weise in Erfüllung gingen.

In diese Zeit fallen auch die Vernehmungen der Bankenkette, welche jedoch an dem Geldmarkt spurlos verschwanden, denn jeder praktische Geschäftsmann mochte es gar bald begreifen, daß daraus die baldige Regelung der ungarischen Banfrage und des heimischen Geldwesens nicht entlich n, und höchstens das Sammeln von schätzbarem Material erreicht sein wird.

Die Folge lehrte es auch, daß diese Auffassung die richtige gewesen. Um eine Pression auszuüben, geschah gleichzeitig mit den Bankentverhandlungen die Erhöhungsverweigerung der Dotation ungarischer Bankfilialen, welche richtig das bezweckten, was die Bank wollte. Statt sich zu energischem Vorgehen aufzuraffen, ließen sich

Kurse an der Wiener Effektenbörse im Jahre 1870 mit Schluß eines jeden Monats.

Table with columns for months (Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, Septbr., Oktober, November, Dezember, Gesamt-Differenz) and rows for various securities and companies like Ungarische Eisenbahn-Anleihen, Bannonia Rückversicherung, etc.

viele Experten ins Bodhorn jagen, und es entstanden jene Aus- sprüche, welche nicht Fleisch, nicht Blut, das Huhn schlachten wollten ohne ihm wehe zu thun.

Wester Börse.

Die Börse war trotz schwachem Verkehr und geringem Ge- schäft fest, die Kurse der meisten Werthe haben sogar etwas ange- zogen.

Geschäfts-Berichte.

Getreidegeschäft. Bei sehr spärlichem Neuzugabe- bote und fester Stimmung haben sich die getriggen Preise nicht nur behauptet, sondern mitunter wurden auch einige Kreuzer mehr be- willigt.

einige kleine Partien. Man bezahlte für Prima hiesigen 78/80 Pfd. fl. 3.30-35 per 80 Wr. Pfd.

Vermischte Nachrichten.

(W. G. B.) Wien, 24. Januar. Die Generalbank für In- dustrie, Handel und Gewerbe hielt heute Vormittags 10 Uhr im Saale der Handelsakademie eine außerordentliche Generalversamm- lung.

Nach Vollziehung der Formalitäten macht Herr Regenhardt die Mitteilung, daß in den ersten Monaten ein Prospekt der Bank in Aussicht stand.

Die Generalversammlung wolle beschließen: a) das eingezahlte Aktienkapital von 5 Mill. S. W. ist auf 1 Mill. Gulden S. W. zu reuigieren und für die dadurch entfallenden 4 Millionen den Inhabern der mit 100 fl. eingezahlten Interimscheine der General- bank 20,000 Stück mit 200 fl. vollgezogene Aktien der österr. allgem. Bank auszulösen und zwar in der Art, daß auf je 5 Interimscheine der Generalbank 2 Aktien der österr. Bank entfallen.

Der Antrag, meint das Direktorium, liege im Interesse der Aktionäre, da nach dem Handelsgesetz vor Schluß der Liquidation keine Rate vertheilt werden darf und das Kapital bis zu Ende der Liquidation, deren Dauer noch nicht vorausbestimmt werden kann, gebunden wäre, aber das bezugte Kapital schon nach einem Jahre zurückgezahlt werden könne.

Das Ergebnis der Liquidation zu prüfen, die diesfälligen Rechnungen zu bemängeln, zu genehmigen und den Liquidatoren das Abjurationsurtheil zu erteilen, nicht der nach §. 31 und 32 in der Ab- vorbergegangenen Generalversammlung gewählten Revisionskom- mission zu.

Es folgen nun folgende Anträge: die Gesellschaft ist aufzulösen und hat die Liquidation unter folgenden Modalitäten zu erfolgen: die Liquidatoren werden berechtigt, welche die Firma „Generalbank für Industrie etc. in Liquidation“ in der Art zu zeichnen, daß den ge- druckten oder geschriebenen Formulierungen der Bank die Unterschrift je zweier Liquidatoren beizusetzen ist.

Die Liquidation erfolgt provisorisch. Eine Generalversamm- lung erfolgt nur dann, wenn die Staatsverwaltung überänderungen zu den nun gefassten Beschlüssen verlangt. Das Recht zur Einberu- fung einer solchen steht den Liquidatoren zu. Alle diese Anträge werden mit einem Male angenommen.

Table with 2 columns: 'Wasserstand' and 'Witterung'. Lists various locations and their weather conditions for the month of January.

Vergnügnungs-Anzeiger.

Nationaltheater. „Hamlet“, opera. Deutsches Aktien-Theater. Gastvorstellung des Fr. Edwin Raabe. Russische Hofkapellmeisterin; „Vieschen Widoermuth“, Original Lustspiel in 4 Akten.

Verantwortlicher Redakteur: Ed. Sorn.

Beseitigung aller Krankheiten ohne Medizin und ohne Kosten durch die delikate Gesundheitspeise Revalésière du Barry von London, die bei Ermachungen und Kindern ihre Kosten 50fach in anderen Mitteln erspart.

N. B. In Blechbüchsen von 1 Pfd. fl. 1.50, 1 Pfd. 250 2 Pfd. fl. 4.50, 5 Pfd. fl. 10, 12 Pfd. fl. 20, 24 Pfd. fl. 36. Revalésière Chocolatée in Tabletten für 12 Tassen fl. 1.50, für 24 Tassen fl. 2.50, für 48 Tassen 4.50, in Pulver für 12 Tassen fl. 1.50, 24 Tassen fl. 2.50, 48 Tassen 4.50, für 120 Tassen fl. 10, 288 Tassen fl. 20, 576 Tassen fl. 36.

Offener Sprechsaal. Lokal-Veränderung.

Das Annoncen-Bureau des Jacob Naschitz befindet sich nun Pest, Josefsplatz Nr. 12.

Es werden daher alle p. t. Inferenten, Geschäftsfreunde Korporationen eruchtet, alle Briefe, Manuskripte und Geldsendungen von nun an obige Adresse zu dirigiren

Table titled 'Ungarische Effekten'. Lists various stocks and bonds with columns for 'Einzelnotirung', 'Kurs', and 'G. W.'. Includes entries like 'Ung. Eisenb.-Anl. à 120 fl. Silb.', 'Pest-Ofener Eisenb.-Anl.', etc.

Table titled 'Diverse Industrieaktien'. Lists various industrial stocks with columns for 'Kurs' and 'G. W.'. Includes entries like 'I. ung. Bierbrauerei', 'Königs-Bierbrauerei', 'Bodmer-Ges. 2. Em.', etc.

Table titled 'Kurse der amtl. nicht not. Effekten'. Lists various stocks and bonds with columns for 'Kurs' and 'G. W.'. Includes entries like 'Sakuritas ex. Coup. (per 300 fl.)', 'Wiener Tramway (pr. 300 fl.)', etc.

Table titled 'Devisen und Valuten'. Lists various exchange rates and currencies with columns for 'Kurs' and 'G. W.'. Includes entries like 'Dakaten', 'Napoleon'scher', 'Preuss. Kassen-Anw.', etc.

Oesterreichische Effekten


Table titled 'Oesterreichische Effekten'. Lists various Austrian stocks and bonds with columns for 'Kurs' and 'G. W.'. Includes entries like 'Allg. Staatsschuld', 'Sperz. einheittl. Staatsschuld', 'Sperz. Domänenanlehen', etc.

INSEERATE.

Nur noch kurze Zeit dahier!

Pest.
Waltznerstrasse Nr. 4 (Ecke der Marokkanergasse).

Ausverkauf
von
Zauber-Apparate,



womit Jedermann ohne besondere Vorbildung sogleich die überraschendsten Unterhaltungen (genannt Zauberereien) ausführen und dadurch jede Familie und Gesellschaft bestens unterhalten kann. Darunter **Wosko Zauber-Würfel**, welcher durch jeden Hut, Tisch oder Spiegel durchspazirt 60 fr. Zauber Schlüssel, welches man unbemerkt jemand an dem Munde hängen kann fl. 1.20. **Estamoteur Kästl**, womit man ein Geldstück durch den Tisch zaubern kann 40 fr. Das magische Messer, welches man (scheinbar) ohne Schmerz durch die Hand stechen kann fl. 1.10 (sehr überraschend). Zauber Karten Spiel, aus welchem die gewünschten herauspringen 40 fr., sein 80 fr. **Ballen Carlette**, in welcher man auf höchst überraschender Weise eine Anzahl Bälle erscheinen lassen kann fl. 1.25, feiner fl. 2.50. Die **Sparbüchse**, aus welcher Niemand das Geld herausbringt, man bläst nur hinein so kommt das Geld heraus 70 fr., sein fl. 1.20. Die **Zauber Kugel**, aus welcher 6 Bälle hervorkommen fl. 5.60. Das magische Kartenspiel, womit man aus einer Karte 3 bis 20 Blätter hervorbringen kann fl. 1.10 (höchst überraschend). **Dr. Faust's Zauberei**, aus einer jeden mit Wasser gefüllten Flasche verschieden farbige diverse Weine, Bier, Milch, Tinte, Viquor etc. ausströmen zu können fl. 2.20. **Ferir- und Gesellschafts-Spiele** 30-80 fr. **Wosko-Bücher-Spiel**, sehr amüsanter fl. 3.50, sein fl. 5.50. **Blumen-Büchsen**, womit man Säge-Späne in Blumen verwandelt fl. 1.80. Die **Zauber Karte**, welche sich in der Luft verwandelt 40 fr. Das **chinesische Ringspiel** (genannt die Zauber Ringe), welche sich höchst erstaunend in- und aus-einander schlagen lassen fl. 2.20, detto von Messing fl. 3.20. Das magische **Eisbüchsen**, in welchem bald ein rothes dann ein blaues, dann wieder ein weißes Eis erscheint 70 fr. Die **Wunder-Carlette**, in welcher man eine verbrannte oder zerrißene Karte oder Photographie sogleich wieder zu einem ganzen Bild verwandeln kann fl. 1.10. Das **bezauberte Eis**, welches man zu einem Handschuh verwandeln kann fl. 1. Die **Barrier-Ruchebäderei (Apparat)**, um in jedem Herren-Hut täuschender Art Ruchen zu baden (sehr originell) fl. 3.50. Das magische **Vogelhaus**, welches man leer zeigt, aber auf Kommando in dem elben Vogel erscheinen läßt fl. 5.50, sein fl. 10. **Ferir Zauber-Zigaretten-Guis (Zafchen)**, welches man leer zeigt und durch Darauflaffen selbes mit Zigaretten gefüllt zeigt (sehr spaßhaft) 70 fr., fl. 1.10, feiner fl. 1.60, sein fl. 3.50.

Neueste Ferir-Damen-Bücher, welche beim Aufmachen in Stücke zerfallen, aber auf Befehl wieder als ganz erscheinen (ein sehr empfehlendes Damengeschenk) fl. 1.30, fl. 2.50, feinst vergolbet fl. 7.

Normande Wahrsager-Karten, zum Kartenaufschlagen, nach den Grundregeln der bisher berühmtesten Wahrsagerin Normande fl. 1.30 sammt genauen Auslegungsbuch. NB. bemerke ich: jeden Käufer wird Alles genau gezeigt. Programm und Preisliste gratis.

Bestellungen nach Auswärts werden unter Beilage der genauesten Erläuterungen und Gebrauchsanweisungen unter Post-Nachnahme sofort reell effectuirt. 6075 3-3

M. Klingl & Comp.
Fabrikant von Zauber-Apparate-Verkaufs-Depot in Pest, Waltznerstrasse Nr. 4 (Ecke der Marokkanergasse).

Ich offerire billigst:

Pester Dampfmühl-Mehl,
Amerikanischen Reis,
Ostindischen Reis,
Italienischen Reis,
Diverse Sorten Kaffee,
Pfeffer und Piment,
Feinstes Tafel-Speise-Öel,
Feinstes Maschinen-Öliven-Öel,
Englische Soda,
Canditten,
Rhum und Liqueure,

und verschiedene hier nicht genannte Kolonial-Waaren, unter Zusicherung der solidesten und reellsten Bedienung.

Leopold Prager,
Pest, Waltznerstrasse 8. 6086 2-6

Geheime Krankheiten
und die 6077 10-100

Impotenz
(geschwächte Manneskraft)

heilt gründlich unter **Garantie** eines glänzenden und dauerhaften Erfolges

Moritz Handler,
Dr. der Medizin und Chirurgie, Magister der Geburtshilfe und Augenheilkunde.

Ordinirt täglich: von 11-1 Uhr Vormittags und von 3-5 Uhr Nachmittags.

Wohnt: **Pest, Leopoldstadt, Palatingasse Nr. 13, I. Stock Nr. 14.**

Honorirte Briefe werden sogleich beantwortet.

Nur gründliche Heilung schützt vor Folgebübeln!

Geheime Krankheiten
und die

Impotenz
(Manneschwäche)

werden nach einer in Militär- und Zivilspitälern erprobten einfachen Methode staunend schnell, gründlich geheilt (neu entstandene binnen 48 Stunden) von

J. WEISS,
prakt. Arzt u. Geburtshelfer, gewes. Abtheilungsarzt im I. Garnisonshauptspital allhier, in seiner mit allen Bequemlichkeiten, sowohl zur Geheimbildung als zu Heilzwecken wohleingerichteten

Ordinations-Anstalt
Innere Stadt, Sebastianplatz Nr. 4, I. Stock (früher H. Feldgasse). Eingang auf der Steige, im Hauie Café „zu den 2 Kugeln“.
Täglich von 7-10 Uhr Vor- und von 1-4 Uhr Nachm.
Herren und Damen haben separaten Eingang und separate Wartezimmer.
Honorirten Briefen wird schnellstens entsprochen und auf Verlangen die Medicamente besorgt. 6033 23-*

Kundmachung.

Die Subscriptionsbedingungen in Betreff der am 28. April 1870 stattgehabten Subscrip-tion auf 240,000 Loth des k. u. k. ungarischen Prämien-Anlehens enthalten die Bestimmung, daß alle Unteremtscheine, auf welche nicht sämtliche Einzahlungen bis letzten Januar 1871 geleistet sind, das Bezugsrecht auf die definitiven Lose verlieren.

Die auf solche Unteremtscheine entfallenden Lose werden an der Börse verkauft und der Erlös nach Abzug der rückständig gebliebenen Einzahlungsraten sammt 6% Verzugszinsen den Besitzern der Unteremtscheine bis 1. Juli 1871 zur Verfügung gestellt. Nach diesem Tage verfallen auch diese Beträge.

Die Besitzer von Interimsscheinen, auf welche noch Einzahlungen zu leisten sind, werden demzufolge aufgefordert, diese bis längstens 31. Januar zu leisten, da nach diesem Tage die Bestimmung der Subscriptionsbedingungen sogleich in Vollzug gesetzt werden würde.

Für das Syndikat des ungarischen Prämien-Anlehens:
der Wiener Bank-Verein.

6 90 1-1

Zur gefälligen Ansicht.

In der Fleischhauer-Gasse Nr. 12, Ecke der Dreipfeilen-Gasse, steht mitten im Hofe eine Eisfigur, verfertigt von den Herren **Brüder Schwarz**. Die Figur stellt eine hohe Persönlichkeit vor.

6064 1-1

Nur für Herren!

12 vollständige Wertchen nebst 12 versiegelte feine Bilder, höchst pikante Sachen, wodurch sich Herren genussreiche Unterhaltung verschaffen können, sind im Preise bedeutend herabgesetzt, und werden auf frankirte Einsendung von 1 Thaler versendet durch die 6088 1-3

Körner'sche Buchhandlung in G. o. f. l.

Die **Blum'sche**
Dampfmühl-
Aktien-Gesellschaft
in **OFEN**




empfehlen ihre nach französischer Art konstruirten rühmlichst bekannten

Diner Mühlsleine

eigener Erzeugung, die wegen ihrer besonderen Leistungsfähigkeit allseitig Anerkennung finden und mit ersten Preisen ausgezeichnet wurden.

Diese Mühlsleine sind sorgfältigst zusammengesetzt und eignen sich ihrer **Quarzformation** zufolge zum Feinmahlen, Schrotten und Spigen aller Körnerfrüchte.

Wir halten von diesen als auch von echt französischen Mühlsleinen stets ein wohl assortirtes Lager, können daher prompt effectuiren.

Blum'sche Dampfmühl-Aktien-Gesellschaft.

6063 1-3

Wazes- und Vorknet-Maschinen.



Die darauf Reflektirenden erhalten **Preis-Courant** sammt Abbildungen der verschiedenen Größen gratis bei

LEOPOLD FEIWEL, Pest,
I. Josefsplatz Nr. 12.

6065 1-3